

WENIGER STAAT, MEHR FAMILIE

FAMILIENUNTERNEHMERTUM UND BEVÖLKERUNGSSCHWUND

- Überarbeitung 2008 -

„Eine Gesellschaft, die auf Kinder verzichtet, verzichtet irgendwie auf ihre eigene Zukunft, denn die eigene Lebensperspektive ist vielleicht 30 Jahre, und wenn da keine Kinder sind, ist dann nach den 30 Jahren einfach Schluss.“

Hans Bertram

„Zuerst fallen die dunklen, vorhanglosen Fenster der Wohnungen und die leeren Geschäfte auf, vor allem in den weniger attraktiven Stadtgebieten. Dann bleiben öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder und Bibliotheken ungenutzt. Irgendwann kommt der öffentliche Nahverkehr zum Erliegen, weil ihn keiner mehr benutzen will. Das Gemeinwesen kollabiert. Schließlich rücken die Bagger an und reißen alles ein.“

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

INHALT

5 VORWORT

8 TEIL I: ZUR LAGE

- 8 „DEMOGRAPHISCHER WANDEL“ HEIßT: DER GENERATIONENVERTRAG IST GEKÜNDIGT
- 10 ES IST KEIN TROST; DASS ES ANDEREN EUROPÄISCHEN VÖLKERUN NICHT BESSER GEHT
- 12 DIE DEMOGRAPHISCHE ENTWICKLUNG DER FAMILIENUNTERNEHMER IST GÜNSTIGER
- 12 MARKT UND DEMOKRATIE
- 15 WORAUF SICH DIE MÄRKTE PROBLEMLOS EINSTELLEN KÖNNEN
 - KONSUMWIRTSCHAFT
 - IMMOBILIENMÄRKTE
 - KAPITALMÄRKTE
 - WANDEL DER ARBEITSMÄRKTE
- 17 DIE ÖFFENTLICHE INFRASTRUKTUR UND SOZIALVERSICHERUNG ALS GROßES DRAMA IM ÜBERGANG
- 18 EIN BLICK ÜBER DIE ÖKONOMIE HINAUS

20 TEIL II: ZU DEN URSACHEN DES BEVÖLKERUNGSSCHWUNDES

- 20 DIE ROLLE DES WOHLFAHRTSTAATES MIT SEINER „SOZIALEN“ SICHERUNG
- 22 WEITERE FAKTOREN: ABWERTUNG VON ELTERN SCHAFT UND FAMILIE ALS LEBENSFORM
- 23 VERNACHLÄSSIGUNG VON SPAREN UND INVESTIEREN
- 24 VOR WELCHEN ALTERNATIVEN STEHEN WIR NUN?

26 TEIL III: HERAUSFORDERUNGEN UND ANTWORT

26 „GEORDNETER ÜBERGANG“

AUFKLÄRUNG ÜBER DIE FAKTEN

MARKTWIRTSCHAFT UND SELBSTÄNDIGKEIT WIEDER HERSTELLEN

ANREIZE FÜR DIE KINDERLOSIGKEIT BESEITIGEN

AUSBILDUNGSZEITEN VERKÜRZEN

LEBENSARBEITSZEIT VERLÄNGERN, ALTER AUFWERTEN

STAATLICHEN BILDUNGSMONOPOLISMUS BEENDEN

SOZIALE SICHERUNG AUF KAPITALBILDUNG UMSTELLEN

QUALIFIZIERTE EINWANDERUNG

DIE NEUEN MÄRKTE DER ALTEN

32 TEIL IV: FAMILIENPOLITIK, ABER WIE?

32 FAMILIENPOLITIK DARF NICHT „MEHR STAAT“ HEIßEN

32 EIN KRITISCHER BLICK AUF DAS GELOBTE LAND SCHWEDEN

33 DAS GELOBTE LAND FRANKREICH

33 DAS BEISPIEL USA

33 ARBEITSTEILUNG ZWISCHEN DEN GESCHLECHTERN IST PRIVATSACHE

34 „DER WESTEN SOLLTE AUFHÖREN; SICH ETWAS VORZUMACHEN“

35 WAS DIE PRIVATWIRTSCHAFT ZUR ERLEICHTERUNG DER FAMILIENBILDUNG TUN
KANN

37 FAZIT**38 ZUSAMMENFASSUNG****40 BIBLIOGRAPHISCHE NOTIZ****43 IMPRESSUM / KONTAKT**

VORWORT

Mit dieser Schrift bestreiten „Die Familienunternehmer – ASU“ – der Verband von Eigentümer- und besonders Familienunternehmern – ihren Beitrag zur demographischen Debatte, in der es letzten Endes um Sein oder Nichtsein dessen geht, was wir seit über tausend Jahren „Deutschland“ nennen. Das Problem betrifft ähnlich eine Reihe von anderen europäischen Nationen.

Ausgangspunkt unserer Betrachtung ist der Bruch des Generationenvertrages Mitte der sechziger Jahre, als die erste Generation in Deutschland nicht mehr bereit war, das ihr geschenkte Leben in gleichem Umfang weiterzugeben. Der Ursprung des Bevölkerungsschwundes ist daher eine vielfache, private Entscheidung gegen Kinder. Diese Entscheidung hat dramatische Auswirkungen. Sie führt in den nächsten Jahren zum Zusammenbruch unseres bisherigen Renten- und Sozialsystems. Sie betrifft aber auch viele andere Lebensbereiche wie die kommunale Infrastruktur, das Bildungssystem, die Einwanderungs- und Integrationspolitik etc. Schließlich haben diese Entscheidungen auch Auswirkungen auf die GuV eines jeden Unternehmens. Arbeitskräfte verteuern sich, regionale Märkte schrumpfen und Unternehmensnachfolger werden zukünftig noch schwerer zu finden sein.

Wir stellen in dieser Schrift besonders die Kausalfaktoren für den Bevölkerungsschwund heraus, die von den Eingriffen des seit langem ausgeueferten Wohlfahrtsstaates herrühren. Sein Versuch, die Aufgaben der Familie durch staatliche Ersatzeinrichtungen zu substituieren, die z.T. sogar – wie die gesetzliche Renten- und Pflegeversicherung – die Kinderlosigkeit subventionieren, musste scheitern. Dieser Fiskal- und Wohlfahrtsstaat ist für uns eine Hauptursache der schwindenden biologischen, sozialen und sogar wirtschaftlichen Kapitalbildung in Deutschland. Konsumieren rangiert vor Investieren und ein großer Teil der Bevölkerung hängt inzwischen an staatlichen Transfers, die er selber zu finanzieren hat.

Für uns gibt es nur einen Weg aus der demographischen Sackgasse: die Wiederherstellung der Selbstverantwortlichkeit und des Ansehens der Familie, die Rückgabe der Mittel an die Familien, um sie zur Lösung ihrer Funktionen wieder zu befähigen, überhaupt die Wiederherstellung von Selbstverantwortung und Eigentum.


Die Unternehmerkommission, die diese Analysen mit Assistenz unseres Unternehmerinstituts geleistet hat, schreckte auch vor der Feststellung einiger Tatsachen nicht zurück, die gegenwärtig gern verdrängt werden. Auch in den Schlussfolgerungen kümmern wir uns nicht um das, was kurzsichtige „politische Korrektheit“ gegenwärtig fordern zu müssen meint.

In einem liegt jedenfalls **nicht** der Schlüssel zur Meisterung dieser existentiellen Herausforderung, in: „**mehr Staat**“. Aber leider sind derzeit hiervon fast alle maßgebenden Politiker und offenbar auch große Teile der Bevölkerung überzeugt. Dieser ungebrochene Staatsaberglaube ist ein immer noch nicht überwundenes Erbe der deutschen Geschichte. Früher war es der Machtstaat, jetzt ist es der Wohlfahrtsstaat. Auch um diesen Aberglauben zu erschüttern, ist diese Arbeit unseres Unternehmerinstituts mit der Unternehmerkommission von „Die Familienunternehmer – ASU e.V.“ notwendig.

Berlin, im April 2006



Dr. Patrick Adenauer
Präsident von
„Die Familienunternehmer – ASU“



Karoline Beck
Bundesvorsitzende des BJU



Michael Moritz
Vorsitzender der Wettbewerbskommission

EINIGE GEDANKEN VORWEG

Der verharmlosend „demographischer Wandel“ genannte **Bevölkerungsschwund** stellt die ernsteste Herausforderung für eine Population dar – es geht schließlich um nichts weniger als die physische Weiterexistenz eines Volkes und seiner Kultur. In allen fortgeschrittenen Wohlfahrtsstaaten Europas, aber auch in Japan, ist dieses Existenzproblem bereits für jeden erkennbar, der die Fakten kennt, wird aber von der opportunistischen, kurzfristig orientierten Politik bisher kaum seiner Bedeutung entsprechend wahrgenommen. Im Bundestagswahlkampf 2005 spielte dieses Thema so wenig eine Rolle wie in der jüngsten Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und SPD.

Die Ursachen dieses Schwundes sind komplex und noch nicht ausreichend erforscht, aber im Kern doch ziemlich eindeutig: Es handelt sich hier um Verschiebungen im Wertgefüge, verursacht einerseits durch den wachsenden Wohlstand, andererseits durch die Fortschritte eines Wohlfahrtsstaates, der glaubt, die wirtschaftlichen und sozialen Funktionen der Familie weitgehend ersetzen zu können. Daraus ist ein oberflächlicher „Individualismus“ entstanden, der sich auf eine allzu eindimensionale „Selbstverwirklichung“ richtet und darüber die biologische und soziale Kapitalbildung versäumt.

Die selbständigen Unternehmer, besonders die Familienunternehmer mit ihrem traditionell nachhaltigen, über die Einzelexistenz hinausführenden Denken, sind von diesem Schwund zwar nicht in demselben Maße betroffen wie andere Bevölkerungsgruppen, aber natürlich lässt sich ihr Schicksal nicht von dem Gesamtschicksal Deutschlands ablösen. Der Wandel von Struktur und Stärke der deutschen Bevölkerung wird auch sie elementar berühren, selbst wenn sie für den Export in demographisch stabilere Länder und aufstrebende Regionen wie China oder Indien arbeiten. Sie leben ja meistens in Deutschland und sind von der deutschen Kultur geprägt.

Unternehmerische Energie und Findigkeit wird mehr als irgendwann in der jüngeren Geschichte Deutschlands herausgefordert sein, wenn es in den kommenden Jahrzehnten darum geht, sich nicht nur auf neue Nachfrageströme oder Personalrekrutierungsprobleme einzustellen, sondern auch die unvermeidliche sonstige große Umstellung **möglichst wirtschaftlich** zu bewältigen. Als „**professionelle Knappheitsüberwinder**“ taugen Unternehmer gerade für solche Situationen in besonderem Maße. Sie vor allem werden die Organisatoren einer „**geordneten Anpassung**“ im Übergang sein –

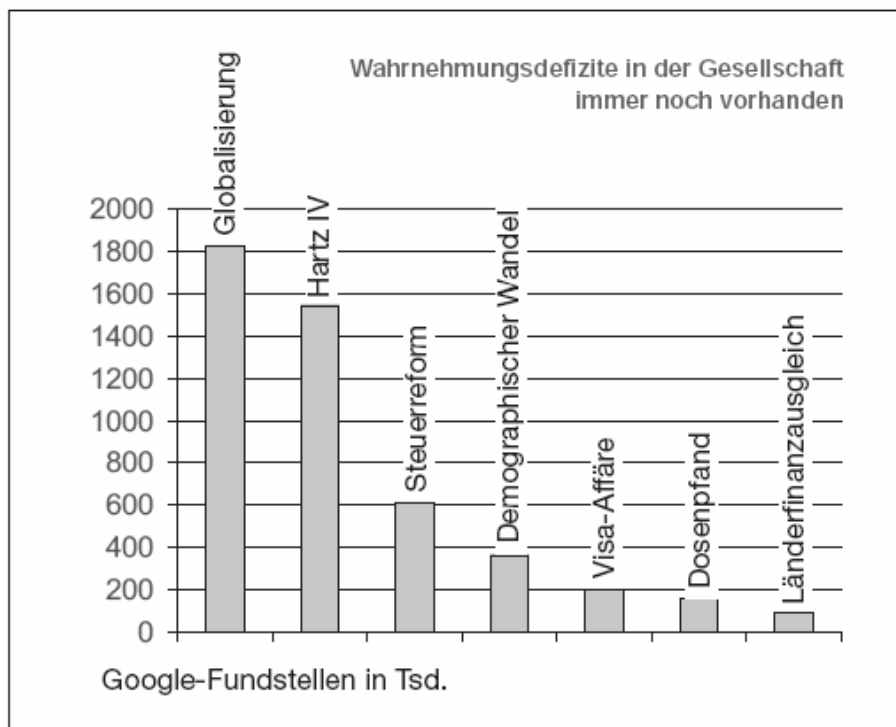


Abbildung 1
Quelle: Bertelsmann-Stiftung

und ihr Geist wird die rapide alternde Bevölkerung insgesamt durchdringen müssen, um diesen Umbruch zu meistern

Unternehmer sind allerdings nur für das Ökonomisch-Technische zuständig. Die Bereiche **„jenseits von Angebot und Nachfrage“**, aus denen der Markt im letzten lebt, müssen wir in dieser Publikation auch behandeln, denn sie spielen letztendlich die entscheidende Rolle. Die Probleme werden sich erst erledigen, wenn der Bevölkerungsschwund aufgehoben und hoffentlich einmal umgekehrt ist.

Eines ist klar: Wenn die deutsche und darüber hinaus auch die anderen europäischen Populationen sich langfristig im Wettbewerb der Völker und Zivilisationen halten wollen, werden sie ihr Denken in zentralen Punkten ändern müssen. **Das „europäische Sozialmodell“ ist offenkundig nicht wettbewerbsfähig.** Die Erfolgs- und Überlebensregeln einer freien Gesellschaft sind nicht beliebig. Es sollte in dieser Hinsicht keinen „Relativismus“ geben, wenn man nicht im Wettbewerb der Nationen zurückbleiben will. Dass Deutschland wert ist, weiter zu existieren, ist eine Grundannahme dieser Schrift.

Wir heben hervor, dass vor allem ein Rückzug des Staates unvermeidlich ist, eine Konzentration auf die Aufgaben, bei denen er unersetzlich ist. **Der Wohlfahrtsstaat hat sich zu viel zugemutet, er ist im Begriff, eine Gesellschaft kinderloser und also zukunftsloser Greise zu erzeugen, die vom schwindenden Kapital leben.** Noch

mehr Staat zur Lösung des Demographieproblems würde die Probleme nur vergrößern. Wohlfahrtsstaat meint hier: die Sozialisierung einfacher, persönlicher Lebensrisiken. Diese Eingriffe haben die Familie (und die private Eigentumsbildung) weitgehend ausgehöhlt, wenn nicht vordergründig überflüssig gemacht.

Dies bedeutet über die Frage persönlicher Einstellungen hinaus die Überprüfung sämtlicher durch den Wohlfahrtsstaat falsch gesetzter ökonomischer Anreize. Welche politischen, ökonomischen, direkt und indirekt wirkenden Faktoren waren es, die diese Entwicklung eingeleitet haben und was können wir – jetzt, **ab heute!** – tun, um sie fundamental zu ändern? **Hier kommt dem Familienunternehmer eine Pionierrolle zu.**

Unternehmerisches Denken ist heute mehr als je gefordert: ob es um die Wiederherstellung eines funktionierenden Arbeitsmarktes, um die Überwindung des staatsmonopolistischen Bildungswesens oder sklerotisch gewordener politischer Entscheidungsverfahren und selbstverschuldeter Blockaden geht. Die Anpassung an sich ständig wandelnde Angebots- und Nachfrageströme sind die Unternehmer sowieso gewöhnt. Dies wird das geringste Problem sein, wenn er nur die Handlungsspielräume hat, sich rational anpassen zu können.

TEIL I: ZUR LAGE

„DEMOGRAPHISCHER WANDEL“ HEIßT: DER GENERATIONEN- VERTRAG IST GEKÜNDIGT

Bei einer Reproduktionsrate von nur 1,3 (statt der erforderlichen 2,1 wie bis etwa 1970) vermindert sich in Deutschland jede Generation um ein Drittel. Berechnet nach der Zahl der Geburten je 1.000 Einwohner liegt Deutschland seit 30 Jahren weltweit auf dem letzten Platz!

Dies heißt: eine Elterngeneration von 100 hat 65 Kinder, 42 Enkel und 27 Urenkel.

In absoluten Zahlen bedeutet dies: Bis 2015 wird die **deutsche** Bevölkerung um sieben Millionen Menschen abnehmen, bis 2025 um 15 Millionen (d.h. die Bevölkerung der neuen Bundesländer

oder Nordrhein-Westfalens), bis 2075 um 35 Millionen. Zur absoluten Zahl kommt die vollständig veränderte Bevölkerungs**struktur**: die Älteren werden überwiegen und unter ihnen die **Frauen**, denn die Lebenserwartung ist im 20. Jahrhundert drastisch gestiegen: bei Männern von 41 auf 75 Jahre, bei Frauen von 44 auf 81 Jahre. Besonders und früher betroffen von dieser Entwicklung sind die neuen Bundesländer, ja hier ist die Entwicklung bereits voll im Gang. Zu den niedrigen Geburtenraten tritt hier noch die Abwanderung in den Westen oder ins Ausland. Ähnliches gilt aber auch für das Ruhrgebiet.

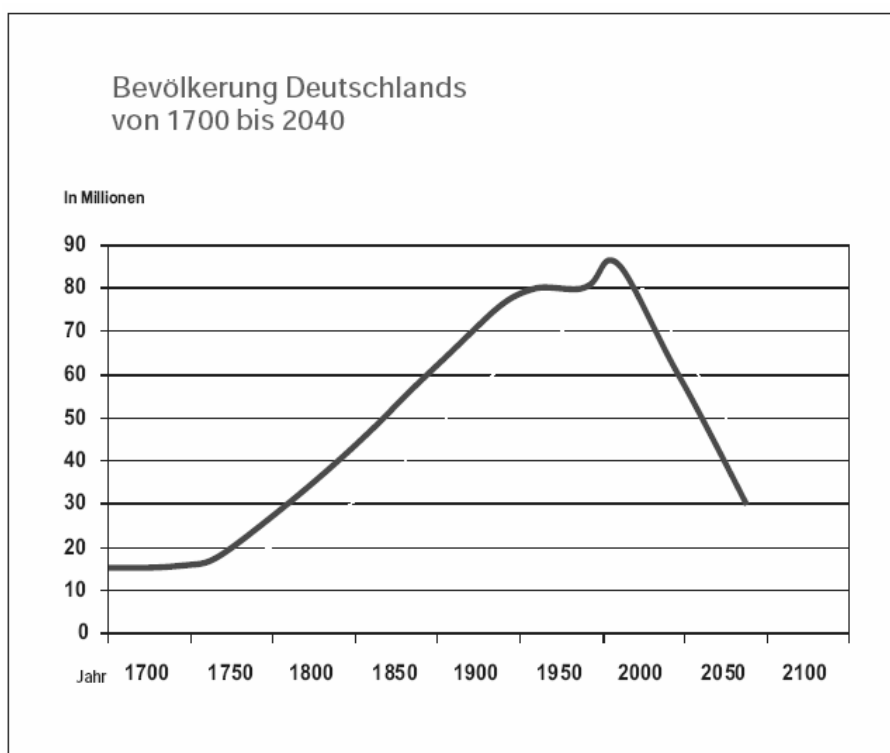


Abbildung 2
Quelle: Meinhard Miegel

EINIGE GARGFIKEN ZU VERANSCHAULICHUNG

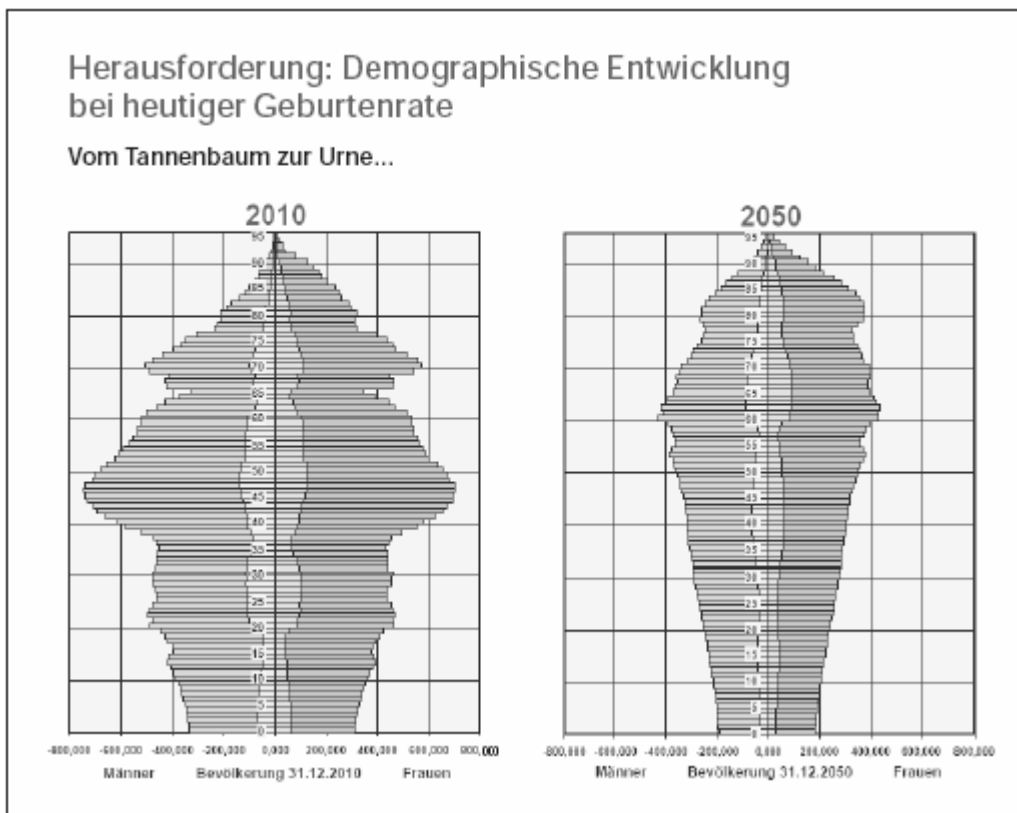


Abbildung 3

Quelle: Universität Mainz

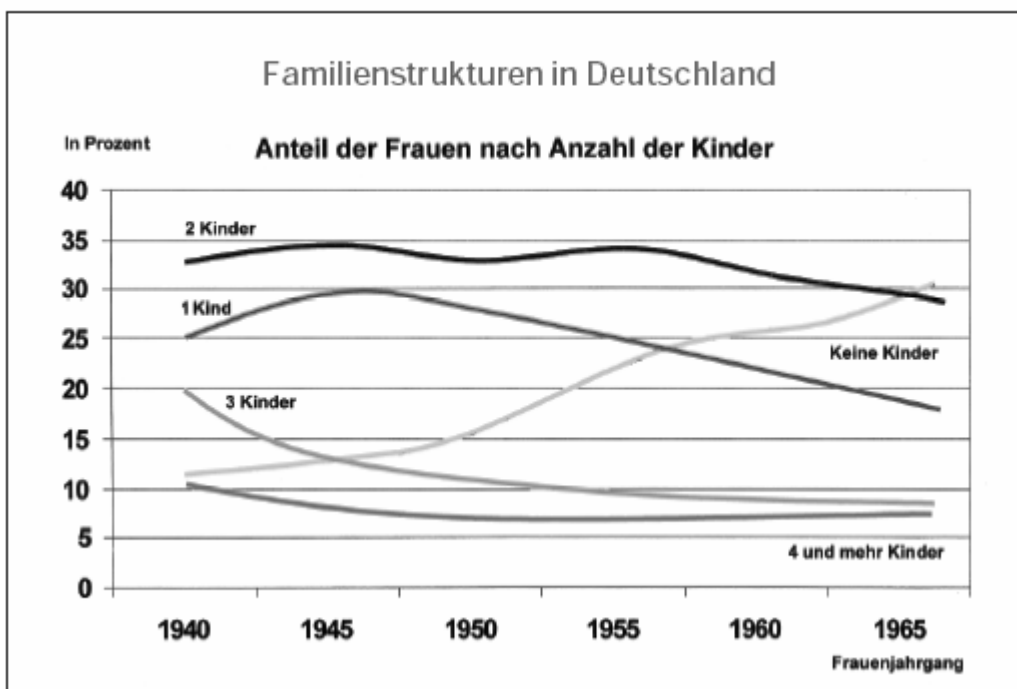


Abbildung 4
 Ein Drittel der Frauen bleibt kinderlos

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

DIE BEVÖLKERUNG SCHRUMPT UND „VERGREIST“

Bevölkerung in Deutschland in Millionen (einschließlich Ausländer)		
	Insgesamt	Altersquotient in Prozent
1997	82,1	23,2
2010	81,0	30,6
2020	78,4	35,7
2050	60,1	55,8

Altersquotient: Zahl der 65-Jährigen und Älteren bezogen auf die Zahl der 15- bis unter 65-Jährigen; unterstellt ist eine Zuwanderung von 7,2 Millionen Personen im Zeitraum 1998 bis 2050.

Tabelle 1

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

ES IST KEIN TROST, DASS ES ANDEREN EUROPÄISCHEN VÖLKERN NICHT BESSER GEHT

Fast alle europäischen Völker zeigen keine bestandserhaltenden Geburtenziffern mehr (anders die USA). Am günstigsten steht es (gegenwärtig) noch in Ländern wie Irland, Island, Frankreich oder Norwegen, am ungünstigsten in den ehemaligen sozialistischen Ländern (ausnahmslos: besonders Slowenien, Tschechien, Polen, Ungarn, Russland – der Sozialismus hat eben auch demographisch seine selbstzerstörerische Spur hinterlassen) und sogar in Südeuropa (Italien, Spanien, Griechenland). Die anderen Länder liegen dazwischen.

Während es sich in Europa um einen voraussehbaren Bevölkerungsschwund handelt, geht es in der übrigen Welt vorläufig nur um einen Rückgang der Bevölkerungsüberschüsse und um eine

erfreulich zunehmende Lebenserwartung. Erstaunlich ist, dass auch Japan – kein besonders ausgebaute Wohlfahrtsstaat – trotz konfuzianischer Familienorientierung eine ähnlich ungünstige demographische Entwicklung genommen hat. Dieses Land geht ökonomisch vorbildlich damit um und kann den westeuropäischen Völkern bereits erprobte Übergangsmuster liefern.

Der Gürtel islamischer Länder von Marokko bis zur Türkei, der im Süden und Osten an das Mittelmeer angrenzt, hat dagegen deutliche Bevölkerungsüberschüsse und zeigt auf absehbare Zeit einen gesunden Bevölkerungsaufbau (bis 2050: 395 Millionen Menschen).

GEBURTENRATEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Zusammengefasste Geburtenziffern in ausgewählten Staaten											
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Europäische Union											
(15 Staaten)	1,57	1,53	1,51	1,47	1,44	1,42	1,44	1,45	1,45	1,45	1,48
Belgien	1,62	1,66	1,65	1,61	1,56	1,55	1,55	1,55	1,53	1,61	1,66
Dänemark	1,67	1,68	1,76	1,75	1,81	1,80	1,75	1,75	1,72	1,73	1,77
Deutschland	1,45	1,33	1,30	1,28	1,24	1,25	1,32	1,37	1,36	1,36	1,38
Finnland	1,78	1,79	1,85	1,81	1,85	1,81	1,76	1,75	1,70	1,74	1,73
Frankreich	1,78	1,77	1,73	1,65	1,66	1,70	1,72	1,71	1,75	1,79	1,88
Griechenland	1,39	1,38	1,38	1,34	1,35	1,32	1,30	1,31	1,29	1,28	1,29
Irland	2,11	2,08	1,99	1,90	1,85	1,84	1,89	1,92	1,93	1,88	1,89
Italien	1,33	1,31	1,31	1,25	1,21	1,18	1,20	1,22	1,19	1,23	1,24
Luxemburg	1,61	1,60	1,64	1,70	1,72	1,69	1,76	1,71	1,68	1,73	1,80
Niederlande	1,62	1,61	1,59	1,57	1,57	1,53	1,53	1,56	1,63	1,65	1,72
Österreich	1,45	1,49	1,49	1,48	1,44	1,40	1,42	1,37	1,34	1,32	1,34
Portugal	1,57	1,57	1,54	1,52	1,44	1,40	1,43	1,46	1,46	1,49	1,52
Schweden	2,13	2,11	2,09	1,99	1,88	1,73	1,60	1,52	1,50	1,50	1,54
Spanien	1,36	1,33	1,32	1,27	1,21	1,18	1,17	1,19	1,15	1,20	1,23
Vereinig. Königreich	1,83	1,81	1,79	1,75	1,74	1,71	1,72	1,72	1,71	1,68	1,64
Island	2,30	2,18	2,21	2,22	2,14	2,08	2,12	2,04	2,05	1,99	2,10
Japan	1,54	1,53	1,50	1,46	1,50	1,42	1,44	1,44	*)	1,40	1,41
Norwegen	1,93	1,92	1,88	1,86	1,86	1,87	1,89	1,86	1,81	1,84	1,85
Schweiz	1,59	1,60	1,58	1,51	1,49	1,48	1,50	1,51	1,46	1,48	1,50
USA	2,08	2,07	2,07	2,05	2,04	2,02	2,04	2,06	*)	2,05	2,06

*) Angaben nicht vorhanden

Tabelle 2

Quelle: Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

DIE DEMOGRAPHISCHE ENTWICKLUNG DER FAMILIENUNTERNEHMER IST GÜNSTIGER

Es ist auffallend, dass die Geburtenrate bei Familienunternehmern günstiger ist als bei der Gesamtbevölkerung (1,8). Dies liegt vor allem daran, dass diese Familien noch für sich selber verantwortlich sind, Traditionen der Nachfolge pflegen und den Gedanken der Nachhaltigkeit, der geringen Zeitpräferenz in ganz anderer Weise kultivieren als andere Gruppen. Das Fehlen einer staatlichen Sozialversicherung, welche die selbständigen Unternehmer im „Ernstfall“ versorgt, wird hierbei auch eine wichtige Rolle spielen. Häufig ist das Unternehmen der bedeutendste Vermögensgegenstand des Unternehmers, aus dessen Erträgen auch die Altersvorsorge bestritten werden soll. Daher ist die Frage nach der Zukunft dieses Vermögens für den Unternehmer zentral. Er hat ein wesentliches wirtschaftliches Interesse, die Bewirtschaftung und entsprechende Ausschüttungen durch eigene Familienmitglieder sicherzustellen. Materielle Anreize und der Wunsch nach Familienerhalt stehen hier im Gleichklang miteinander.

Der Unternehmertypus „Familienunternehmer“ hebt sich deutlich ab vom Typus des angestellten Managers. Die besondere Verantwortlichkeit, das besondere Ethos des Familienunternehmers hängen auf das Engste mit seinem Eigentum am Unternehmen und dem daraus sich ergebenden persönlichen Geschäftsrisiko zusammen. Der Familienunternehmer vereint deshalb nicht nur die grundlegenden unternehmerischen Eigenschaften wie Fleiß und Disziplin, Kreativität und Schnelligkeit, kaufmännische Vorsicht und Gewinnstreben, **sondern insbesondere auch die Bereitschaft, generationenübergreifend zu denken und zu handeln.**

Entsprechend sieht das Selbstverständnis der Familienunternehmer aus. Deutlich über 80 Prozent (84,7 Prozent) der Unternehmer würden sich nach einer Umfrage der FAMILIENUNTERNEHMER (Oktober 2005) als Familienunternehmer bezeichnen, bei Unternehmern des produzierenden Gewerbes sind dies sogar über 90 Prozent. Dieses überwältigende Votum findet auch in der demographischen Bilanz der Familienunternehmer seine Entsprechung. Fast 90 Prozent der Familienunternehmer ziehen eine hohe Motivation aus dem Ziel, für nachfolgende Generationen bleibende Werte zu schaffen.

Aber mit 1,8 liegen leider auch die selbständigen Unternehmer unter der bestandserhaltenden Kinderzahl von 2,1 (noch günstiger liegen die Zahlen beim traditionell familienbewussten Adel).

Es überrascht darum nicht, dass, wenn auch die Unternehmensnachfolge aus natürlichen Gründen noch kein Thema ist, doch eine deutliche Präferenz für Nachfolger aus dem Familienkreis da ist. Denn nachhaltiges, generationsübergreifendes Wirtschaften wird den Unternehmerkindern oft schon mit in die Wiege gelegt und konsequent in der Erziehung vermittelt.

Jedoch ist es eine Tatsache, dass über 8 Prozent der Familienunternehmer keine Nachfolge finden. Der Bevölkerungsrückgang verstärkt dieses Problem. In den nächsten 5 Jahren müssen daher ca. 30.000 Unternehmen mangels Nachfolge liquidiert werden. Es gehen damit 160.000 Arbeitsplätze verloren. Dieser Trend dürfte sich verstärken. (IGFN Arbeitsmarkt Bonn)

Markt und Demographie

Für international vernetzte Märkte ist der demographische Schwund kein Problem: Soweit sie flexibel sind, passen sie sich ohne große Brüche den sich allmählich wandelnden Nachfrageströmen und entsprechenden Preis-, Kalkulations- und Investitionsverhältnissen an. Humoristisch formuliert: Noch für den letzten Deutschen oder Europäer wird sich zweifellos in einer wirtschaftlich vernetzten Welt ein Beerdigungsunternehmer finden, der ihn zuverlässig und in einem optimalen Preis-Leistungs-Verhältnis unter die Erde bringt.

Für den einzelnen Unternehmer werden die Veränderungen jedoch zum Teil dramatische Auswirkungen haben. Viele Unternehmen mit regionalen oder nationalen Absatzmärkten haben schrumpfende Absatzmärkte, werden aber auch bei der Arbeitskräftebeschaffung vor großen Herausforderungen stehen. Nicht nur in der Spielwarenindustrie.

Problematisch wird es erst, wo der Staat diese Anpassung durch falsche Regulierungen und falsche Normgebungen behindert oder unmöglich macht. Dies betrifft vor allem den Bereich der

sozialen Sicherung, das Bildungswesen, die öffentliche Infrastruktur und die Finanzwirtschaft. Besonders gravierend ist die **Hypothek einer galoppierenden (expliziten) Staatsverschuldung (1991: ca. 566 Mrd. Euro, 2004: ca.**

1,4 Billionen) bei schwindender Zahl der erwerbstätigen Bevölkerung, die diese Last zu schultern hat.

Gesamte Staatsschulden (inkl. nichtbilanzierter Zahlungsverpflichtungen in der Sozialversicherung)

Ausgewiesene Staatsschulden per 31.12. 2004	1.395 Mrd.
+ erwartetes Defizit 2005	74 Mrd.
+ verdeckte Staatsschulden (Sozialversicherung)	4.000 Mrd.
Gesamte Staatsschulden	5.469 Mrd.

Das sind pro Erwerbstätigen: 153.369 Euro.

Wie können wir diese Schuldenlast angesichts sinkender Bevölkerungszahlen abtragen?

Quelle: www.destatis.de

Tabelle 3

Mehr Schulden und ...

Der Rückgang des deutschen Erwerbspersonen-Potentials

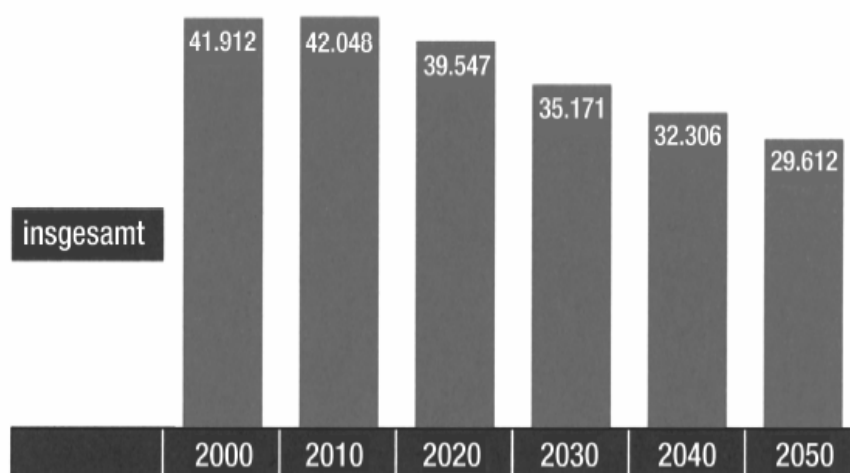


Abbildung 5

... weniger Schultern, die sie tragen müssen.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

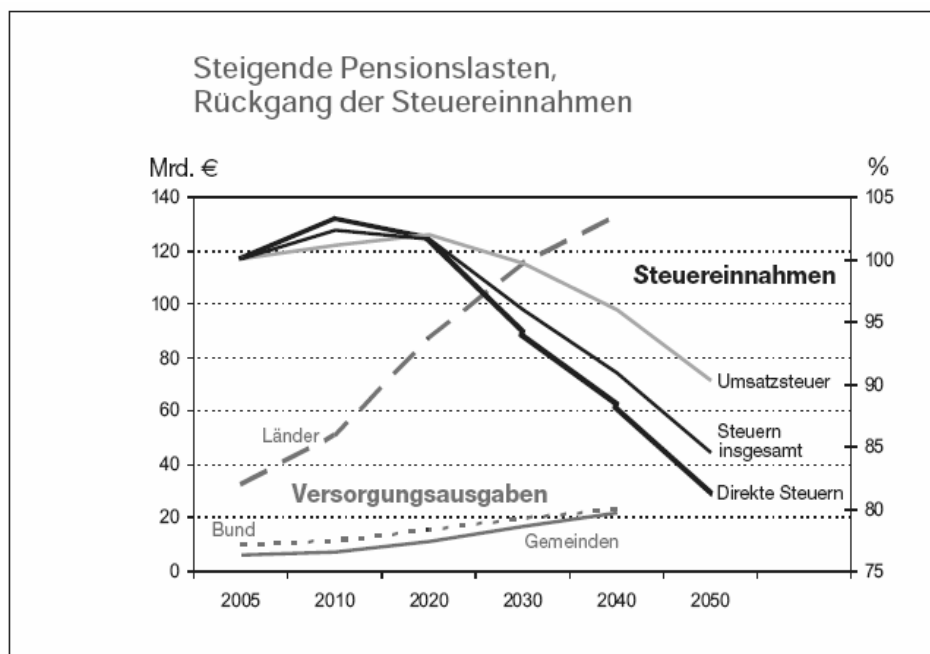


Abbildung 6

Fatale Zahlen

Quelle: Versorgungsbericht der Bundesregierung 2001, DIW: jeweils mittlere Varianten und Status-Quo-Steuerrecht 2001

DER GENERATIONENVERTRAG ZERBRICHT: EINE BEISPIELRECHNUNG



Abbildung 7

Im heutigen System der Renten- und Krankenversicherung müssten die Erwerbstätigen im Jahr 2035 ca. 40 – 50 Prozent ihres Einkommens für Rentenbeiträge, 15 – 25 Prozent für Krankenversicherung und 8 – 10 Prozent für Pflegeversicherung, insgesamt also 63 – 85 Prozent, aufwenden, je nach den zugrunde liegenden Annahmen.

Worauf sich die Märkte problemlos einstellen können

Unternehmer sind es qua Definition gewohnt, sich mit ständig wechselnden Situationen und Rahmenbedingungen auseinanderzusetzen. Dies gilt für ihr Verhältnis zu ihren Kunden, Wettbewerbern, Lieferanten und Mitarbeitern und auch für ihr Verhältnis zu den politischen Entscheidungsträgern, welche die Regeln setzen, nach denen ein Unternehmer verfahren darf. Der demographische Wandel verändert die Umweltbedingungen für Unternehmer einschneidend.

Konsumwirtschaft

Die Umstellung auf die Bedürfnisse älterer Menschen im **Bereich der Konsumgüter** hat bereits begonnen, selbst die Werbung nimmt von dieser wichtigen Konsumentengruppe zunehmend Notiz. Eine schrumpfende und älter werdende Bevölkerung wird insgesamt wenig und anders konsumieren. Alte Menschen sind tendenziell eher konservativ im Konsum, so dass infolge der Alterung gewisse Pilotmärkte in Deutschland verschwinden könnten. Pilotmärkte sind meist regionale Märkte, in denen sich neue und innovative Produkte bewähren müssen, bevor sie international angeboten werden. Freilich werden sich kompensierend Pilotmärkte für neue Produkte

und Dienstleistungen für ältere Menschen entwickeln. Sie werden die Hauptkonsumenten der Zukunft sein und besonders auch im Dienstleistungsbereich wird es daher weitgreifende Änderungen geben, die ihren Bedürfnissen und Ansprüchen entsprechen (Gesundheitswesen, Pflege, besondere Wohnbedürfnisse, Ansprüche an den Verkehr usw.). Da ältere Menschen zum Teil andere Produkte wollen als junge, wird schätzungsweise jeder sechste Arbeitsplatz in den nächsten Jahren umgeschichtet.

Die „best agers“ oder „golden oldies“ werden zu einer immer stärkeren Gruppe von Konsumenten werden. Bisher werden Menschen ab 50 Jahre aber noch ungenügend als relevante und lohnende Zielgruppe angesehen. Bereits heute jedoch ist diese Konsumentengruppe äußerst attraktiv: jung genug, um noch freudig konsumieren zu wollen und alt genug, um auch die entsprechenden Mittel zu besitzen. Sie haben derzeit mit über 21.000 Euro im Jahr ca. 2.000 Euro mehr an Kaufkraft als die ansonsten so umworbene Zielgruppe der Menschen zwischen 14 und 59 (Capital 8/2005, 55).

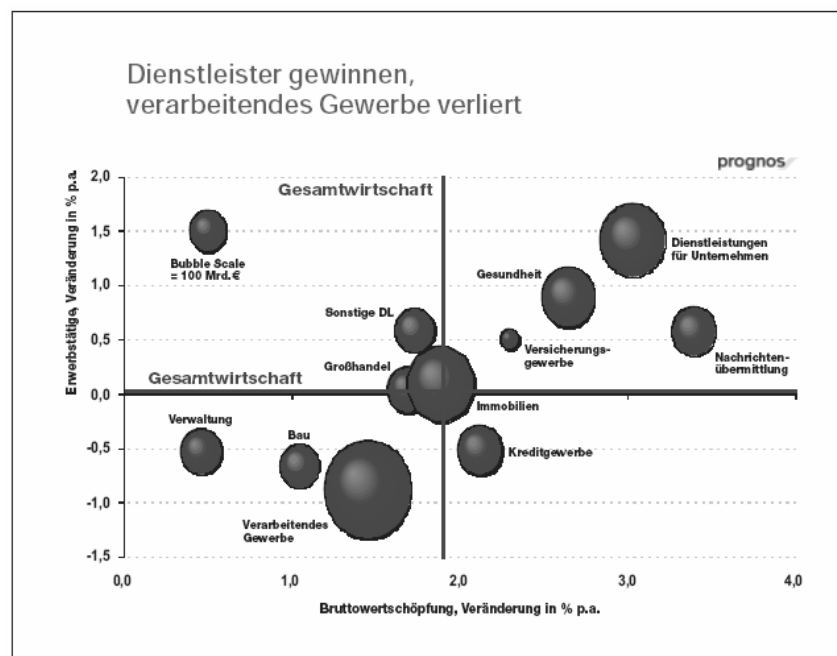


Abbildung 8

Quelle: Prognose
Deutschland-Report
2002 - 2020

Nicht nur wird sich der Konsum wandeln, es werden auch insgesamt weniger Konsumgüter nachgefragt. Die Märkte werden aber auch mit dem geringeren Wachstum, ja dem unvermeidlichen relativen und sogar absoluten **Rückgang des Bruttozialproduktes** fertig. Dies wird weiteres Produktivitätswachstum nicht ausschließen. Es wird aber weniger Unternehmer und weniger Kunden geben, und die lokal gebundenen Unternehmen werden sich nicht so leicht umstellen können wie die weltmarktorientierten. Die überwiegende Mehrheit der kleinen und mittleren Unternehmen werden den Rückgang der Zahl ihrer lokalen oder regionalen Kunden nicht kompensieren können (allerdings gibt es auch weniger Anbieter). Für sie wird über die nächsten 50 Jahre die Umsatzplanung des Folgejahres immer ein Minus ausweisen, es sei denn, ein Wettbewerber scheidet aus dem Markt aus und seine Kunden können übernommen werden. Erträge können nur über entsprechende Kostenreduzierungen erwirtschaftet werden. **Das Institut für Weltwirtschaft rechnet mit jährlichen Wachstumsrückgängen von 0,4 bis 1 Prozent.**

In Summe bedeutet ein Rückgang des Bruttoinlandsproduktes voraussichtlich auch einen Rückgang der Anzahl von Unternehmen. Über die nächsten 50 Jahre werden jedes Jahr mehr Unternehmen aus dem Markt ausscheiden als gegründet werden. Welchen Einfluss dies auf die Wirtschaft haben wird, ist noch nicht ausreichend analysiert.

Immobilienmärkte

Auf den **Immobilienmärkten** wird sich wahrscheinlich ab etwa 2020 ein stärkerer Wandel ergeben: nicht nur die Wohnbedürfnisse werden sich ändern, die Nachfrage wird insgesamt zurückgehen. Banken und Versicherungen werden für massive Einwanderungen werben, um dem Verfall ihrer immobilien Werte entgegenzuwirken.

Kapitalmärkte

Die **Kapitalmärkte** werden die Wandlungen – wir sehen hier von einem möglichen Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems, der Möglichkeit eines Staatsbankrottes oder einer galoppierenden Inflation ab – ebenfalls bewältigen. Eine alternde Gesellschaft wird relativ mehr, nicht weniger Produktivkapital einsetzen, denn sie wird in zunehmendem Maße Arbeit durch Kapital substituieren. Die steigende Nachfrage nach Produktivkapital erhöht tendenziell die Kapitalrendite in der gleichen Zeit, in der die Babyboom-Generation in Rente gehen wird. Die langsam angelaufene kapitalgedeckte und betriebliche Altersvorsorge wird bis zum Jahre 2050 vermutlich forciert aufgebaut. Die Vermögenswerte und Kapitalrenditen werden im Übrigen nicht ausschließlich von der demographischen Entwicklung in Deutschland bestimmt, sondern im Zuge der Globalisierung zunehmend vom globalen demographischen Wandel, der deutlich milder ausfällt als in Deutschland (Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft, 18. März 2005).

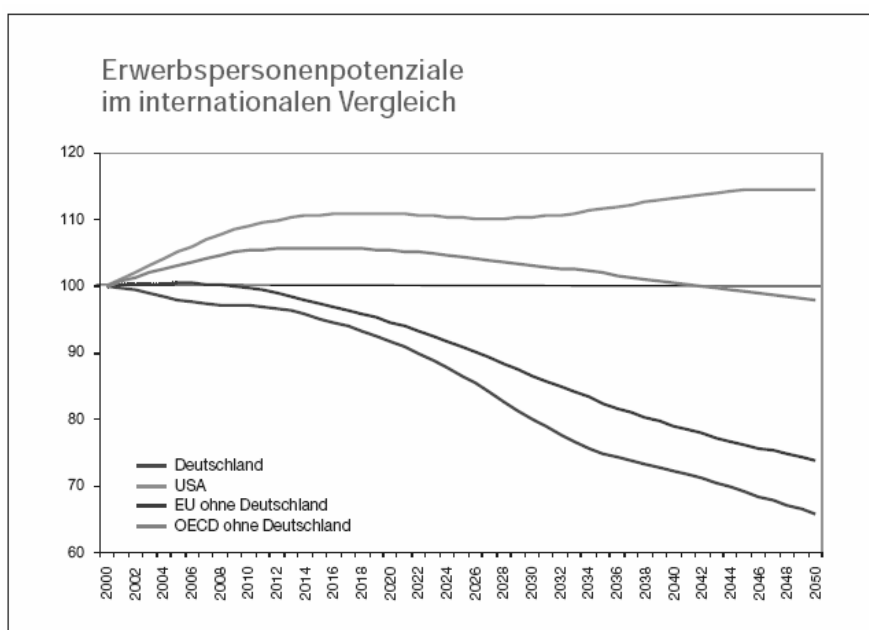


Abbildung 9

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Die Kapitalanleger werden wegen der demographischen Fakten zukünftig vermehrt in ausländischen Märkten investieren, vermutlich in heutigen Schwellenländern wie China oder Indien, da dort höhere Renditen locken. Das gilt sowohl für institutionelle Anleger wie für Privatanleger. So würde das erhöhte Kapitalangebot hierzulande durch die Nachfrage anderenorts womöglich ausgeglichen werden. Von Westeuropa wird angenommen, dass es die einzige Region weltweit ist, deren wirtschaftliches Gewicht in den kommenden Jahrzehnten zurückgehen wird. Es ist davon auszugehen, dass es für Direktinvestitionen und andere langfristige Kapitalengagements an Attraktivität verliert – im Unterschied zu Indien, China, aber auch Ländern wie Brasilien, Indonesien und den USA.

Bemerkenswert ist im Übrigen:

Deutschland verfügt wegen der umlagefinanzierten Sozialversicherung im Unterschied zu Ländern mit größtenteils kapitalstockfinanzierter Alterssicherung (USA, Großbritannien) über keine international bedeutenden Kapitalgesellschaften und Banken, so dass den in Deutschland zunehmend tätigen ausländischen Kapitalfonds keine deutsche „Gegenmacht“ gegenübersteht, was der Sozialdemagogie zusätzliche Chancen bei der Diffamierung dieser „Heuschrecken“ gibt (Herwig Birg).

Wandel der Arbeitsmärkte

Es wird in Deutschland mehr gearbeitet werden müssen – allein, um die „alte Last“ (Staatsschulden, Umlage zur Sozialversicherung) finanzieren zu können. Der Druck auf eine Reform des Arbeitsmarktes wird enorm sein, um mehr Flexibilität und Einsatzmöglichkeiten zu schaffen.

Wie eine Umfrage von „Die Familienunternehmer“ ermittelte (November 2004), beschäftigt sich eine deutliche Mehrheit der befragten Unternehmer (fast 55 Prozent) bereits heute mit den Auswirkungen des demographischen Wandels auf das eigene Unternehmen. Insbesondere kleine Unternehmen reagieren sensibel auf dieses Thema. Denn dort macht sich bereits Personalknappheit fühlbar.

Fast ein Drittel der befragten Unternehmer wird nächstens verstärkt wieder ältere Arbeitnehmer einstellen und damit einen jahrelangen Trend umkehren.

Die öffentliche Infrastruktur und Sozialversicherung als großes Drama im Übergang

Bei dem großen Investitionsbedarf für den Umbau der öffentlichen Infrastruktur, für den regional notwendigen Rückzug, ja selbst die Aufgabe von Infrastruktur und Besiedlung, könnten die Mittel knapp werden, da der Staat sich bereits in relativ „guten Zeiten“ unverantwortlich verschuldet hat. Dies bedeutet, ein drastischer Abbau des Staatskonsums wird notwendig sein, um wieder neue Investitionsmittel frei zu machen. Überbeschäftigung im öffentlichen Dienst wird man sich nicht nur in Ostdeutschland nicht mehr leisten können.

Die öffentliche Infrastruktur umfasst im Einzelnen:

- Die soziale Sicherung (dazu siehe oben und unten)
- Die Verkehrsinfrastruktur (Straßennetz, Eisenbahn, Telekommunikation, Flugverkehr ...)
- Die sonstigen Versorgungs- und Entsorgungsstrukturen (Wasser, Energie, Abwässer, Abfall usw.)
- Das Bildungswesen (Schulen, Kindergärten, Universitäten usw.)
- Das öffentliche Kultur-, Unterhaltungs- und Sportangebot
- Die regionale Entwicklungsplanung: den Umbau, die Aufgabe, die Zentralisierung von Siedlungsstätten (Städte, Dörfer, namentlich im Osten)

Die Verhältnisse zwischen den Bundesländern sind ungleich: Baden-Württemberg wird bis 2050 mit knapp 10 Prozent vermutlich die geringsten Bevölkerungsverluste hinnehmen müssen, zurzeit wächst es noch, auch Bayern. Dagegen sind Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt mit erwarteten 25 Prozent Bevölkerungsverlusten besonders schlecht dran. Es wird in den ostdeutschen Ländern, wenn es hier keine grundsätzliche Wendung der falschen Rahmendaten gibt, regional zu einer Entleerung der Räume kommen unter enormen Übergangsproblemen, wenn auch und gerade die jungen Leute, vor allem die Frauen, in den Westen abwandern. Es entsteht hier nach und nach ein „Raum ohne Volk“ (Günter Ederer). Es werden wahrscheinlich Ortschaften aufgegeben werden müssen, die seit der Ostkolonisation des

Mittelalters bewohnt sind. Am ehesten könnte man das, was demographisch bevorsteht, mit den Verhältnissen nach dem „Schwarzen Tod“ im 14. Jahrhundert oder nach dem Dreißigjährigen Krieg vergleichen. Den Schwund kann man sehen jetzt z.B. am Bild der Städte Hoyerswerda, Eisenhüttenstadt, Dessau, Gera, im Westen: Essen, Pirmasens, Bremerhaven. Positive Gegenbeispiele: die Kreise Vechta oder Cloppenburg.

Bevölkerung 2050: Aderlass in Ostdeutschland

Abnahme der Bevölkerung im Zeitraum 2000 bis 2050 in Prozent

Baden-Württemberg	- 9,3
Niedersachsen	- 11,5
Berlin	- 12,0
Brandenburg	- 12,5
Rheinland-Pfalz	- 12,5
Nordrhein-Westfalen	- 14,0
Schleswig-Holstein	- 14,4
Bayern	- 16,7
Bremen	- 16,8
Sachsen	- 17,1
Hamburg	- 17,2
Saarland	- 17,5
Hessen	- 20,9
Thüringen	- 23,1
Mecklenburg-Vorpommern ..	- 23,9
Sachsen-Anhalt	- 24,4

Projektion; Ursprungsdaten:
Statistisches Bundesamt

Tabelle 4
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Ausgaben für die vorhandene öffentliche Infrastruktur, etwa die Verkehrsinfrastruktur, werden als Fixkosten etwa gleich bleiben, **aber von einer kleineren Anzahl von Steuerzahlern finanziert** werden müssen, wenn man sie nicht „zurückbaut“, d.h. in der Regel Gebäude oder Straßen einreißt und öffentliche Einrichtungen schließt (etwa Bibliotheken). Ein so genannter Rückbau, vulgo: Einriss oder die Umwidmung von Häusern, von Schulen, von Theatern und Bibliotheken oder von Turnhallen wird unvermeidlich sein, ist aber nicht „umsonst“ zu haben, wenn

man ein ruinöses Ortsbild vermeiden will. Bürgermeister und Gemeindeparlamente müssen entscheiden, welche Leistungen sie in Zukunft noch anbieten können, welche ortsnah erbracht oder anderswo zusammengefasst werden sollten und wie die entsprechende Finanzierung sichergestellt werden kann. Vermutlich werden Kindergärten, Schulen, Bibliotheken, Schwimmbäder, Altenheime, Theater u.a.m. an zentralen Orten zusammengefasst. Für viele dezentrale Standorte wie das seit Jahren defizitäre „Kurtheater“ bedeutet dies möglicherweise das Aus, sollten Private nicht in die Lücke springen.

Zusammenfassen und Optimieren sollte mit neuen Methoden der Bewirtschaftung einhergehen. Die öffentliche Hand könnte wesentlich konsequenter als heute das Know-how von Privatunternehmern nutzen. Es schlägt hier erneut die Stunde der „Privatisierung“. Private Unternehmer können die Bilanz auch solcher kommunaler Unternehmen verbessern, die allgemein als unwirtschaftlich gelten (z.B. Schwimmbäder) oder zur so genannten Daseinsvorsorge (Wasser, Gas, ÖPNV, Schulen etc.) gehören. Ähnlich auch für das Krankenhauswesen (hier ist die Privatisierung bereits voll im Gang).

Ein Blick über die Ökonomie hinaus

Die Schrumpfung der deutschen Bevölkerung in diesem Ausmaß wird eine entsprechende Verminderung der internationalen Bedeutung Deutschlands bringen. Der **internationale Wettbewerb geht eben auch über die Demographie, die Geburtenziffern, vor sich**. Deutschland wird heruntersinken auf den heutigen Stand Italiens oder Englands, dann Hollands, schließlich der Schweiz und am Ende bevölkerungsmäßig ein bedeutungsloser Kleinstaat sein – wie wahrscheinlich auch die meisten anderen europäischen Staaten zu diesem Zeitpunkt, an der Spitze die osteuropäischen Länder und Russland. Im Glücksfall – und auch nur bei Stabilisierung der Reproduktionsrate – wird es gleichwohl ein Hort herausragender kultureller Leistungen und Innovationen sein, wie die Schweiz heute (die aber ähnlich schrumpft). Im Übergang werden wir alle mehr Platz haben und um den Naturschutz braucht man sich dann keine Sorgen zu machen. In Brandenburg und Sachsen, namentlich in der Lausitz, haben sich bereits wieder (von Polen her) Wölfe eingefunden, mit übrigens befriedigenden Reproduktionsraten.

Die USA werden häufig als Beispiel für eine erfolgreiche, am eigenen Nutzen orientierte Einwanderungspolitik angeführt. Dabei wird verkannt, dass die USA in den letzten 10 Jahren jeweils einen Geburtenüberschuss von ca. 1,5 Mio. Menschen und damit einen natürlichen Bevölkerungszuwachs von 0,9 Prozent im Jahr verzeichnen konnten.

Wen sollen wir nun einladen, nach Deutschland einzuwandern, um unseren Kindermangel auszugleichen?

Aus unseren europäischen Nachbarländern inklusive den 11 EU-Beitrittsländern können diese Einwanderer nicht kommen, denn diese Länder haben denselben Geburtenmangel wie wir. Auch aus USA, Kanada, Australien werden wir keine Einwanderer bekommen – im Gegenteil, in diese Länder wandern immer mehr Deutsche aus.

Es ist völlig klar, dass wir keine ausreichende Anzahl gut ausgebildeter Einwanderer aus hoch entwickelten Ländern bekommen würden. Bleiben die wirtschaftlich schwachen Entwicklungsländer. Aber gerade diese Länder benötigen selbst dringend ihre intellektuelle und wissenschaftliche Elite zum Aufbau ihres Landes.

Was wäre das für eine Politik, wenn wir uns als reiches Land selbst die Mühen und Kosten für Kinder ersparen, aber zum Ausgleich dafür die begabten jungen Menschen armer Länder in unser Land holen. Das wäre wohl eine neue Art der Ausbeutung der Entwicklungsländer. Auch das wäre wohl eine Art von „Ausländerfeindlichkeit“, nicht gegen die Zuwanderer, sondern gegen die in den Herkunftsländern Verbleibenden.

Hermann Adrian

Es ist wahrscheinlich, dass die „Vergreisung“ und Entleerung des europäischen Raumes Teile der Bevölkerung Nordafrikas und Asiens (und darüber hinaus) dazu verlocken wird, sich in den Besitz dieser wohlhabenden, fruchtbaren, gut erschlossenen, klimatisch angenehmen und geophysisch schönen Räume zu setzen. Vielleicht werden sie von einer alternden europäischen Bevölkerung, die günstige (etwa Pflege-) Dienstleistungen einzukaufen sucht, direkt dazu eingeladen, dies zu tun.

Es wird sich dann vielleicht das Schicksal des Weströmischen Reiches wiederholen. Auch hier gab es seit dem dritten Jahrhundert einen dramatischen Bevölkerungsschwund. Zum Ausgleich wurden ausländische Völkerstämme, etwa Germanen, in der römischen Provinz angesiedelt, die schließlich nicht mehr integriert werden konnten und so am Ende die Macht im Staat übernahmen und die bisherigen Herren auf Pension setzten (den letzten römischen Kaiser: Romulus Augustus 476, seitens des germanischen Generals Odoaker). Aber so glimpflich ging es nur selten ab.

Die antike Stadtkultur und mit ihr Wissenschaft, Künste, feineres Leben versanken damals in der

Barbarei. Die Einwohnerschaft der Stadt Rom sank in jener dunklen Zeit von 1,5 Millionen auf etwa 10.000 Einwohner und es brauchte mehrere Jahrhunderte bis man nach dem Wiederaufstieg der Städte an diese frühere Glanzzeit der Bürgerkultur wieder anknüpfen konnte.

So oder so wird Deutschland auf Einwanderung angewiesen sein mit all den Risiken, wenn die Integration nicht gelingt, was auch davon abhängt, ob es sich um hoch- oder (wie bisher überwiegend) niedrigqualifizierte Einwanderung handelt und aus welchem kulturellen und sozialen Umfeld die Einwanderer kommen. Schon bisher hat Deutschland 7,5 Millionen Bewohner mit ausländischem Pass und ebenso viele eingebürgerte oder deutschstämmige Aussiedler, d.h. jeder sechste Einwohner Deutschlands ist bereits ein Einwanderer. Die unmittelbaren Nachbarn Deutschlands, die ähnliche Probleme haben, scheiden ja als Quelle des Zuzugs weitgehend aus. Zudem könnte es zu Spannungen kommen, wenn die Eliten anderer Länder systematisch nach Deutschland abgeworben werden. Sie fehlen dann ja in ihren Heimatländern. Dies könnte als neue Form des „Kolonialismus“ gedeutet werden (siehe das Zitat von Adrian, S. 21).

TEIL II: ZU DEN URSACHEN DES BEVÖLKERUNGSSCHWUN- DES

„Familien wachsen, wo Menschen Vertrauen in die eigene Zukunft besitzen und die persönliche und gesellschaftliche Umgebung Familien und Kindern mit Wertschätzung begegnet. Im kinderentwöhnten Deutschland muss es uns gelingen, dieses Vertrauen und diese Wertschätzung wiederherzustellen.“

Ingrid Hamm, Robert-Bosch-Stiftung

Es gibt keine monokausale Erklärung für den Bevölkerungsschwund, viele Zusammenhänge und Interdependenzen sind noch nicht ausreichend erforscht. Gleichwohl gibt es einleuchtende Hypothesen – und daran richten wir unsere Analyse und unsere Vorschläge aus.

Die wichtigste Ursache ist die **Verschiebung im persönlichen Wertgefüge**, besonders in der Zeitpräferenz. Da der Wohlfahrtsstaat für alle „Ernstfälle“ vorzusorgen scheint, wird der **Gegenwartsgenuss überschätzt**. Zudem lassen die heutigen Lebens- und Genussmöglichkeiten – das Füllhorn der Marktwirtschaft – gern vergessen, dass der Mensch nicht nur ein Kulturwesen, sondern zunächst einmal, ein unabänderliches Faktum, ein **Naturwesen** ist, das sich ebenso reproduzieren muss wie jede Pflanze und jedes Tier. Der Mensch ist nicht außerhalb seiner Gemeinschaften denkbar, in denen sich das Wirtschafts-, Sozial- und Kulturkapital überträgt. Namentlich die Familie ist als „Reproduktions-einheit“ unersetzbar. Wer sie zugunsten kurzfristiger „Selbstverwirklichung“ und konsumtiver Erlebnisse gering schätzt, wird dafür zu zahlen haben. Es sei denn, er kann diese Kosten über den Wohlfahrtsstaat sozialisieren und auf jene abwälzen, die Konsumverzicht leisten, um Familien zu ermöglichen – aber dies geht nur für eine Übergangszeit gut.

In den fünfziger Jahren war die Rangfolge bei weit bescheideneren materiellen Verhältnissen nach der Eheschließung folgende: erstens Kind (oder **Kinder**), dann die etwas aufwendigere Urlaubsreise, dann der Kleinwagen, dann – vielleicht – die 55 qm große Eigentumswohnung. Also: erst das Kind, dann das Auto! Heute ist es umgekehrt, falls der Kinderwunsch überhaupt noch besteht (Meinhard Miegel).

Die Rolle des Wohlfahrtsstaates mit seiner „sozialen“ Sicherung

Eine entscheidende Rolle bei dem Bevölkerungsschwund spielt der Wohlfahrtsstaat: zunächst einmal durch den **realitätsfernen „Individualismus“**, den seine Ideologie und seine Strukturen freisetzen: Der Bürger scheint nicht mehr für sich selber verantwortlich, auch biologisch nicht, **es wird für ihn ja unter allen Umständen gesorgt** (Rentenversicherung, Kranken-, Unfall-, Pflege-, Arbeitslosenversicherung und schließlich noch die Sozialhilfe). Hinzu kommt ein vulgäres Gleichheitsdenken, das nur den Staat und das Individuum sehen will und die dazwischen liegenden sozialen Zugehörigkeiten und Gemeinschaften schwächt. Kinderlosigkeit wird durch das Sozialrecht (gesetzliche Rentenversicherung u.a.) massiv subventioniert, d.h. die Familien werden von den Kinderlosen „ausgebeutet“, denn sie müssen diese Subventionen ja finanzieren. Die Stellung der „Alleinerziehenden“ wird mit 1.200 Euro pro Monat ohne Arbeits-erwartung ebenfalls staatlich massiv unterstützt. So kam es zur **Abwertung der Familie** und anderer privater Selbsthilfegemeinschaften, zur Schwächung ihrer Solidarität, ihres natürlichen und spontanen „Generationenvertrages“. **Die Familie wurde und wird als Wettbewerber zu staatlichen Dienstleistungen mit massiven, ständig wachsenden Sozialbudgets bekämpft**, auch unter dem Vorwand ihrer „Förderung“: Sie wurde mit alldem als wirtschaftliche Solidaritäts-gemeinschaft, als Sozialverband weitgehend entbehrlich und durch staatliche Transfers und kollektive Einrichtungen ersetzt. **Fast 50 Prozent der direkten Familienkosten sind heute schon sozialisiert** (Institut für Weltwirtschaft, Kiel). Daher rührt tatsächlich die „soziale Kälte“, die Aus-höhlung spontaner Einrichtungen „sozial warmer“ Nächstenliebe und -hilfe!

Familienpolitische Leistungen im Vergleich (in Milliarden Euro) Stand: 2000		
	Deutsche Bundesbank	Institut für Weltwirtschaft
Steuerliche Maßnahmen	37,3	60,7
darunter:		
– Kindergeld	30,9	31,1
– Ehegattensplitting	–	23,0
– Kinderkomponente Eigenheimförderung	2,8	3,3
Sozialversicherungsleistungen	16,0	10,9
darunter:		
– Gesetzliche Krankenversicherung	11,5	8,4
– Rentenversicherung	–	1,8
– Arbeitslosenversicherung	0,5	0,6
– Pflegeversicherung	–	–
Geldleistungen der Gebietskörperschaften	26,9	30,9
darunter:		
– Beiträge des Bundes an die Rentenversicherung für Kindererziehungsleistungen	11,5	11,8
– Familienzuschläge im öffentlichen Dienst....	4,0	7,3
– Bundeserziehungsgeldgesetz	3,7	3,5
– Familienkomponente in der Sozialhilfe	4,1	3,4
Sachleistungen der Gebietskörperschaften	71,0	63,2
darunter:		
– Schulen	45,3	47,0
– Einrichtungen der Jugendhilfe	8,0	7,4
– Kindergärten und -krippen	7,4	7,2
Staatliche Leistungen insgesamt	151,2	165,7
Nachtrag 2005: 240 Mrd. Euro, 10,7 % des BIP		

Tabelle 5

Quelle: Institut der
deutschen Wirtschaft

Weitere Faktoren: Abwertung von Elternschaft und Familie als Lebensform

Ferner spielten bei der Schwächung der Familie auch psychologische und ideologische Momente eine starke Rolle. Berufliche und sonstige Selbstverwirklichung im Wettbewerb mit dem Mann wurde von vielen Frauen höher und nicht etwa gleichwertig mit der traditionellen Mutterrolle platziert.

Inzwischen kultivieren jedoch auch die Männer, wie Umfragen belegen, einen Ich-Kult, der keine langfristigen Bindungen und keine Verantwortlichkeiten mehr zulässt. Kinder machen, selbst bei bester Fremdbetreuung und Kostenübernahme, immobil und büden eine lebenslange Verantwortlichkeit für sie auf. **Man kann sie nicht einfach zurückgeben.**

Für Männer machte ferner eine langfristige Bindung an Ehe und Familie die Tatsache weniger attraktiv, dass die exklusive Sexualprämie, die früher mit diesen Institutionen verbunden war, inzwischen verschwunden ist. Der „Sex“ ist nicht mehr knapp und man kann ihn überall haben. Warum sich dafür noch so weitgehend binden? (Dietrich Schwanitz). Die staatliche Schule versteht unter „Sexualaufklärung“ vor allem die Einführung in die beste Verhütungstechnik, nicht jedoch in eine verantwortungsbewusste Familienplanung als Lebensziel.

Es ist dem Prestige der Familie auch gewiss nicht zuträglich, dass man andere Formen des Zusam-

menlebens selbst terminologisch mit ihr gleichstellte.

Es überrascht nicht, dass die verbleibenden Familien unter diesen Umständen selber weniger stabil wurden. Der „Verlust der Geborgenheit“ und sozialen Verwurzelung kann aber die Persönlichkeitsbildung nach allem, was wir darüber wissen, kaum fördern. Es ist vielmehr ein **Prozess der Dezivilisierung** im Gange, der z.B. an verschmierten Hauswänden, beschädigten öffentlichen Einrichtungen oder an der wachsenden Zahl psychisch verwaorster Kinder zu studieren ist. Es ist recht fragwürdig, diese Fehlentwicklung neutral als harmlosen „Wertewandel“ darzustellen.

Wie Bundespräsident Horst Köhler in der Evangelischen Akademie Tutzing am 18. Januar 2006 ausführte: „Wo Kinder sind, da ist Familie. Hier, in der Familie wird das Fundament gelegt für unser aller Zusammenleben. Familie ist und bleibt für mich die Keimzelle der Gesellschaft. In lebendigen Familien wird geübt, was für den Zusammenhang der Gesellschaft insgesamt wichtig ist: Fürsorge, Zuwendung, Verantwortung für andere, die Fähigkeit, verlässlich zu sein, Bindungen einzugehen und zu pflegen. Hier wird den Kindern mit auf den Weg gegeben, was sie für das Leben brauchen: Wissen und Fähigkeiten. Hier wird gelebt, was in einer alternden Gesellschaft immer wichtiger, aber vielleicht auch immer schwieriger wird: die Solidarität zwischen den Generationen. Hier finden Menschen, was in der globalisierten und individualisierten Welt immer kostbarer wird: Verwurzelung und Gemeinschaft“.

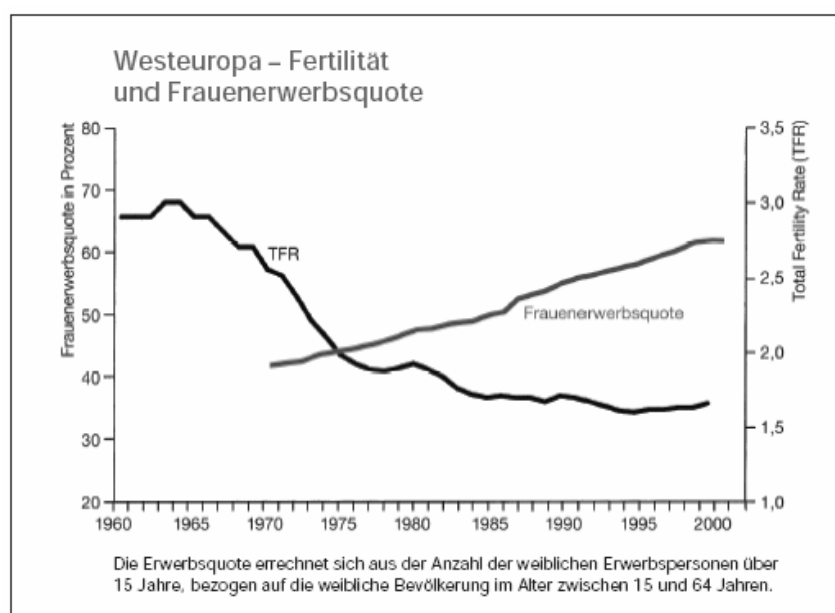


Abbildung 10

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Vernachlässigung von Sparen und Investieren

Nicht vergessen werden dürfen die fragwürdigen Ideale einer „Spaßgesellschaft“, die Sofortkonsum über Zukunftsorientierung stellt und so auch die ökonomische Kapitalbildung vernachlässigt (**Sparquote: 1975: 16,2, 2003: 10,8 Prozent; Investitionsquote 1970: 25,5, 2004: 16 Prozent des BIP**). Es heißt die „Selbstverwirklichung“ misszuverstehen, wenn Berufskarriere und Lebensgenuss über die **Weitergabe des Lebens** gestellt werden. Die Elternrolle wird als lästige Einschränkung der Selbstentfaltung und unbehinderter beruflicher Flexibilität zunehmend abgelehnt, die Haushaltsökonomie abgewertet. **Durch all dies kam es zu einer enormen Steigerung der (auch psychologischen) Opportunitätskosten für Eltern- bzw. Mutterschaft: sie wurden unter diesen Umständen für viele zu hoch.** Besonders bedauerlich sind die niedrigen Reproduktionsziffern der Akademikerinnen und Akademiker. So haben 40 Prozent gar keine Kinder – mit steigender Tendenz (bei den Publizisten sind es über 60 Prozent). Bei der in Deutschland übertrieben langen universitären Ausbildungszeit wird das

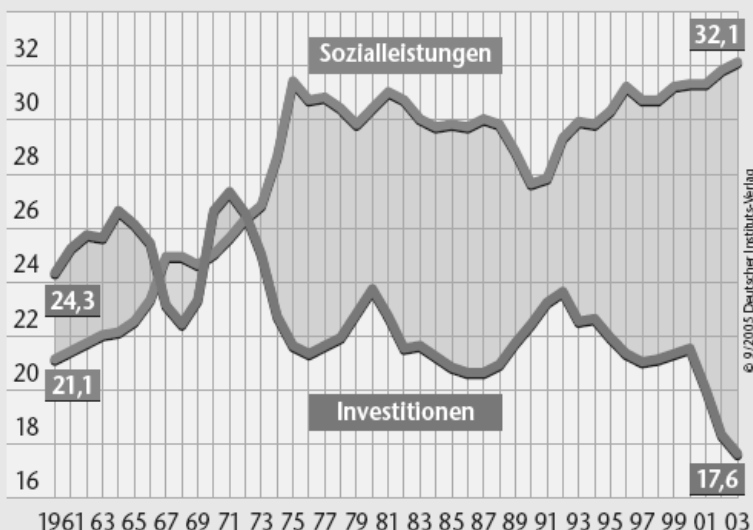
Zeitfenster für die Familiengründung für diese Berufsgruppe eben sehr eng.

Dies stellt eine – von den Überlebensinteressen einer Kulturgesellschaft her betrachtet – bedenkliche „Umwertung der Werte“ dar, die besonders nach dem „Babyboom“ begann, als die 68-er ihre Propaganda entfalteten und der Wohlfahrtsstaat seinen großen Aufschwung nahm. Man kann den demographischen Rückgang im Gleichklang mit dem Ausbau der sozialen Sicherung zumindest statistisch belegen.

Familiengründung ist für eine wachsende Zahl deutscher Bürger heute kein selbstverständliches Ziel mehr, sondern nur eine unter vielen, womöglich angenehmeren Optionen (Allensbach/Miegel). Freilich kommt es meistens, wenn auch erst im letztmöglichen Zeitpunkt und unter schon schwierigeren biologischen Voraussetzungen, zu wenigstens noch **einem** Kind: Aber dieses reicht eben zur Reproduktion nicht aus. Ohne eine ausreichende Anzahl von Mehrkinderfamilien – mit dem Leitbild einer Drei-Kinder-Familie – ist eine Umkehrung dieser Entwicklung ausgeschlossen.

Sozialleistungen und Investitionen: Die Zukunft kommt zu kurz

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



bis 1990: Westdeutschland; ab 1991: auf Basis der VGR-Revision 2005; Investitionen: Ausrüstungs-, Bau- und sonstige Investitionen der Unternehmen und des Staates; Sozialleistungen: staatlich veranlasste Leistungen zur sozialen Absicherung, z.B. Sozialversicherungen, Versorgungswerke, Sozialhilfe, Steuervergünstigungen und Entgeltfortzahlung der Arbeitgeber im Krankheitsfall, Angaben für 2002 und 2003 vorläufig
 Ursprungsdaten: BMGS, Statistisches Bundesamt

Abbildung 11

Quelle: Institut der
deutschen Wirtschaft

Vor welchen Alternativen stehen wir nun?

Wir stehen angesichts dieser Tatsachen (im freien Anschluss an Meinhard Miegel) vor **folgenden drei Alternativen**:

1. Wir können an den **bisherigen Maximen festhalten** (Kapitalschwund durch Wohlfahrtsstaat, falscher „Individualismus“, Auflösung der Familie): dann dürften voraussichtlich rasch wachsende Bevölkerungsverluste durch ebenso rasch wachsende Zuwandererzahlen ausgeglichen, die kulturelle und ethnische Identität jedoch früher oder später marginalisiert werden und vielleicht eines Tages – unter bedrückenden Übergangskonflikten – das „große Welttheater“ gänzlich verlassen.
2. Wir können an den derzeitigen Maximen festhalten und versuchen, deren **demographische Folgen zu mildern**. Dazu wäre eine wenigstens mäßige Erhöhung der Geburtenrate notwendig, auch die Integration einer beträchtlichen Zahl von Zuwanderern und eine Einstellung auf das „Altenproblem“. Auf diese Weise könnten demographische Verwerfungen und die Gefährdung der kulturellen Identität noch einige Generationen lang bewältigt werden: es ginge eben einfach langsamer bergab.
3. Wir stoßen eine **„Umwertung der Werte“** an, eine Wiederaufwertung der Gemeinschaften, speziell der Familie als Erlebnis- und Erfahrungsraum, als Hort der Geborgenheit, sozialen Sicherung und Kultivierung. Hierzu gehören auch die **Wiederaufwertung des Privateigentums** (statt des prekären

„Sozialeigentums“, nämlich von Ansprüchen auf staatliche Transfers) und der Selbstverantwortlichkeit, damit verbunden aller „Sekundärtugenden“. **Nicht alle Lebensformen können sozialkulturell als gleichrangig angesehen werden.** In diesem Sinn bemerkt der Verfassungsrichter Udo di Fabio (siehe die Bibliographische Notiz): „Wenn der Staat beginnt, andere soziale Gemeinschaften, wie etwa tiefe Freundschaften oder gleichgeschlechtliche Beziehungen, den Institutionen Ehe und Familie immer weiter anzunähern, bis sie deckungsgleich sind, missachtet er den Anspruch auf Abgrenzung, die notwendig ist, um die eigene Identität zu erhalten. Wenn die öffentliche Gewalt im Staat ... auf Gleichstellung drängt und den Wunsch nach Abstand und Abgrenzung etwa zwischen traditioneller Ehe und anderen Lebensgemeinschaften als unerlaubte Diskriminierung brandmarkt, wird ein grundlegendes Missverständnis, die Freiheit betreffend, sichtbar.“

In Existenzfragen ist „Relativismus“ keine besondere Weisheit. Der Familie ist in diesem Rahmen vitale Macht (Eigentum, Entscheidungsfreiheit) zurückzugeben: **„Mehr Netto“**. Dies geht parallel mit einer Zurückdrängung des Wohlfahrtsstaates. So **könnte** die Geburtenrate wieder ansteigen und irgendwann wieder ein bestands-erhaltendes Niveau erreichen. Was „sozial“ ist, muss unter diesen Umständen neu definiert werden. Die Zeit-Journalistin Susanne Gaschke oder die Psychologin Christa Meves haben gegen alle gesellschaftlichen Großtrends in ihren Büchern mutig dargestellt, was dies an neuen „Leitbildern“ erfordert.

- Mit heute durchschnittlich rund 1,3 Kindern je Frau ersetzt die Kindergeneration in Deutschland nicht die Elterngeneration.
- Praktisch kein europäisches Land erreicht mehr ein Geburtenniveau, das notwendig wäre, um die Bevölkerungszahl ohne Zuwanderung zu halten.
- Eltern werden immer älter: Westdeutsche Frauen waren 1980 bei der Geburt eines Kindes durchschnittlich 27,1 Jahre alt, 1999 waren es bereits 28,9 Jahre. In Ostdeutschland hat sich das durchschnittliche Alter der Mütter im gleichen Zeitraum von 24,5 auf 27,5 Jahre erhöht.
- Der Anteil kinderloser Frauen in Westdeutschland ist heute mit rund fünfundzwanzig Prozent einer der höchsten in der Welt.
- Achtunddreißig Prozent der westdeutschen Akademikerinnen in der Altersgruppe zwischen fünfunddreißig und neununddreißig Jahren leben ohne Kinder.

Die Negativbilanz

Quelle: Schirmmacher, Minimum

- Zweiundzwanzig Prozent der Frauen des Geburtsjahrgangs 1955 haben keine Kinder bekommen. In Frankreich waren es im gleichen Geburtsjahrgang gerade mal acht Prozent.
- Die meisten Menschen halten eine harmonische Partnerschaft für die wichtigste Voraussetzung ihres privaten Glücks. Kinder finden sich in der Hierarchie der wichtigsten Werte mittlerweile erst auf Platz 6.

TEIL III: HERAUSFORDERUNG UND ANTWORT

„GEEIGNETER ÜBERGANG“

Der Bevölkerungsschwund ist für die nächsten vier oder fünf Jahrzehnte nicht mehr abzuwenden. Es geht hier nur um einen „geordneten Übergang“: Die Märkte werden dies spontan arrangieren (s. o.). Der Staat, die politische Allgemeinheit, muss diesen Vorgang begleiten und gestalten.

- **Aufklärung über die Fakten**

Das Wichtigste vorweg ist die **Verbreitung des Wissens über die Tragweite des demographischen Schwundes**. Hinzu kommt eine **„Richtigstellung der Begriffe“**, die politische Sprache muss umgeprägt, z.T. mit neuen Inhalten gefüllt werden: z.B. Ausdrücke wie Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Generationenvertrag, Selbstverwirklichung, Emanzipation, „soziale Kälte“ etc. Auch muss eine falsche Art kollektivierender „Familienpolitik“ (s.u.) beendet werden.

Eine Kommission der brandenburgischen Landesregierung (siehe Bibliographische Notiz) schreibt in diesem Zusammenhang: **„Wir brauchen eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft**. Wir brauchen eine öffentliche Debatte über einen dringend notwendigen Wertewandel. Der fängt bei einer veränderten Einstellung gegenüber Kindern an. Niemand darf sich mehr hinter „der Gesellschaft“ und „den Verhältnissen“ verstecken. Jeder wird sich an seinem eigenen Verhalten gegenüber Kindern und Familien messen lassen müssen. Kinder sollten nicht unter dem Kostenaspekt betrachtet werden. Kinder sind unsere Zukunft, das muss jedem klar werden“. Der Bundesverfassungsrichter *Udo di Fabio* bemerkt darum zu Recht: „Der Wiedergewinnung

eines Leitbildes, das Glück und Selbstgewissheit im Eros des Versprechens lebenslanger Bindung findet und das Ausbleiben von Kindern und Enkelkindern als Leere und Armut begreift, würde die Gesellschaft wieder bunter, geräuschvoller und abenteuerlicher machen.“ Es ist hinzuzufügen: auch vitaler.

- **Marktwirtschaft und Selbständigkeit wieder herstellen**

Die wichtigste Parole heißt in diesem Zusammenhang: **Soziale Marktwirtschaft und Selbständigkeit soweit wie irgend möglich**, um Ressourcenverschwendung zu vermeiden. Können wir uns z.B. ein Arbeitsrecht erlauben, das arbeitslos macht und arbeitslos hält? Ein Sozialrecht, das abhängig macht und die Menschen zur Untätigkeit motiviert? Eine soziale Sicherung, die Kapitalbildung verhindert? Gemeinde- oder Staatsbetriebe, die schlecht geführt sind und unwirtschaftlich und hochdefizitär arbeiten?

- **Anreize für die Kinderlosigkeit beseitigen**

Unmittelbar und schnell **zu beseitigen sind die massiven materiellen Anreize zur Kinderlosigkeit, d.h. auf der anderen Seite die Ausbeutung der Familien**. Dies bedeutet z.B.: **das Ende einer Prämierung von Kinderlosigkeit in der Gesetzlichen Renten- und Pflegeversicherung, wie dies ja bereits vom Bundesverfassungsgericht gefordert wurde** (Urteil vom 31. 12. 2004, um das sich freilich die Politik bisher wenig kümmert). Es geht nicht an, dass Eltern einer großen Kinderschar im Alter selber

verarmt dastehen und ihre Investition in Kindern vor allem fremden Kinderlosen zugute kommt. Konkret bedeutet dies etwa: Rentenkürzung bei Kinderlosigkeit oder Rentenbonus für diejenigen, die Kinder haben. In **Japan** ist dieses Modell bereits eingeführt. Dort kann man inzwischen, sofern man bis 40 Jahre keine Kinder hat, nicht mehr Mitglied in der gesetzlichen, umlagefinanzierten Rentenversicherung sein, sondern wird gezwungen, sie zu verlassen und durch eigenes Kapital vorzusorgen.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Abschaffung der öffentlichen Finanzierung von Abtreibungen bei sozialer Indikation (ca. 130.000 pro Jahr). Der Staat finanziert erstaunlicherweise Abtreibung, aber er subventioniert nicht gleichzeitig die künstliche Fertilisation, vielmehr haben jüngste staatliche Beschränkungen zu einer Halbierung der Fertilisationszahlen seit 2004 geführt. Fragwürdig ist auch die staatliche Subventionierung der Auflösung der Partnerbindung durch die großzügige Unterstützung von Alleinerziehenden. Hinzukommen sollte stattdessen eine Erleichterung der Adoptionsmöglichkeiten (z.B. hinsichtlich der Altersgrenzen und sonstiger Standards).

- **Ausbildungszeiten verkürzen**

Die heutigen Lebensläufe der meisten Menschen sind durch **staatliche Zeitvorgaben rigide vorstrukturiert**. Dahin gehören z.B. die Festsetzung der Länge der Schulzeit, die Voraussetzung der Ausübung etlicher Berufe, die Regelung der Bildungsabschlüsse, der Eintritt in den so genannten Ruhestand.

Im Zusammenhang mit der Ausbildung ist die **Verkürzung der Ausbildungszeiten** und die **Aktivierung der Weiterbildung wichtig**, um **so das zeitliche „Fenster“ für Familiengründung weiter zu öffnen** und eine Verzögerung des Kinderwunsches, die oft nur noch auf ein oder schließlich gar kein Kind mehr hinausläuft, zu

korrigieren. Es darf auch deswegen nicht länger hingenommen werden, dass unsere Studenten erst mit 28 bis 30 Jahren ihr Studium abschließen, weil diese Verspätung das Zeitfenster für die Familienbildung enorm verengt, namentlich für Frauen.

- **Lebensarbeitszeit verlängern, Alter aufwerten**

Besonders wichtig ist ferner die **Verlängerung der Lebensarbeitszeit** („Länger leben – länger arbeiten“) durch Abschaffung der Subventionen für Frühverrentung, Abschaffung von Senioritätsprivilegien (Kündigungsschutz etc., Einkommensbestandschutz) und mechanischer Zwangsverrentung – jenes „Fallbeil“ mit 65 oder gar früher.

Frank Schirrmacher schreibt zu Recht: „Angesichts solchen Wachstums an Alter wird jene Gesellschaft am erfolgreichsten sein, deren religiöse oder kulturelle Überzeugungen das Alter schöpferisch machen“. Oder: „Wenn uns der demographische Krieg der Kulturen nicht ausgehöhlt, ausgebrannt und kleinmütig vorfinden soll, müssen wir zunächst der Diffamierung des Alters den Krieg erklären“.

- **Staatlichen Bildungsmonopolismus beenden**

In dem Zusammenhang ist auch das **staatliche Bildungsmonopol durch Wettbewerb**, betriebswirtschaftliche Modernisierung, auch Privatisierung und namentlich Nutzerfinanzierung von der Schule an zu reformieren: eine Aufwertung der Familie durch ein Gutscheinsystem, der Aufbau eines privaten Bildungskreditwesens usw. Private Bildungsunternehmer bekommen hier ihre große Chance! Wie viele Geringqualifizierte und Schul- oder Studienabbrecher bringt unser staatliches Bildungswesen hervor! Wie viel Verschwendung leisten wir uns in diesem Bereich durch fehlenden Wettbewerb, mangelhafte Motivierung, falsche Anreize!

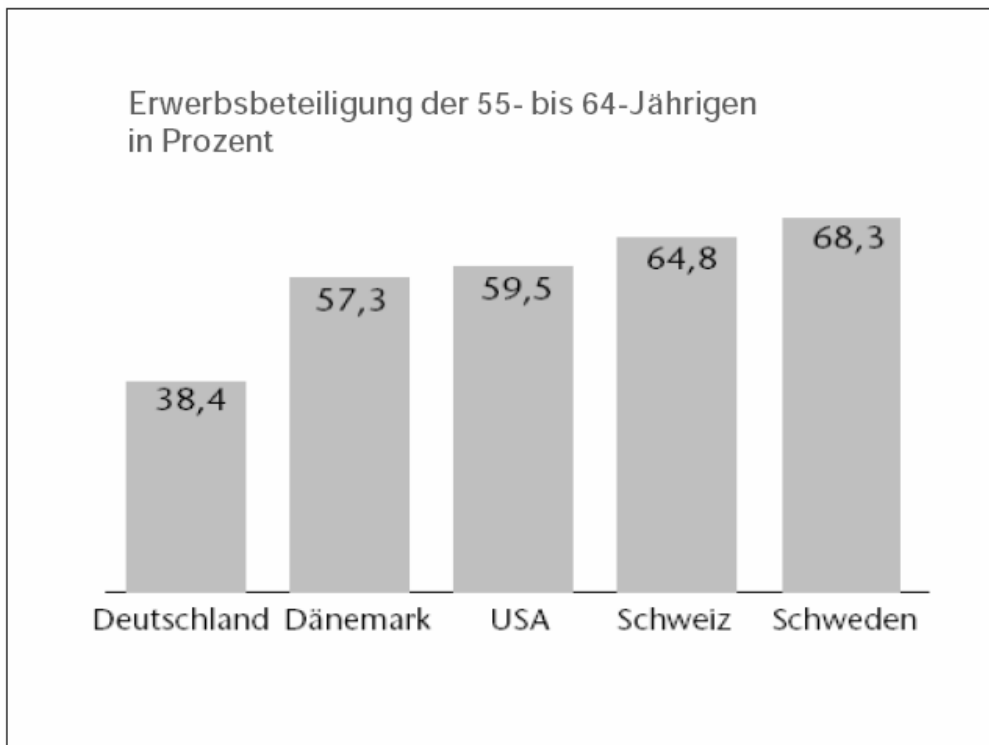


Abbildung 12

Fragwürdige Altersdiskriminierung in Deutschland

Quelle: Handelsblatt 2004



Abbildung 13

Die Vorteile der Älteren nutzen

Quelle: Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände

- **Soziale Sicherung auf Kapitalbildung umstellen**

Besonders dringlich ist die **schrittweise Umstellung der sozialen Sicherung auf Kapitaldeckung**, wobei es darum geht, sie durch private Systeme der Vorsorge nach und nach zu ersetzen, bis auf allenfalls eine noch umlagefinanzierte „Grundsicherung“. Vor allem in der Gesetzlichen Rentenversicherung, dann aber auch ebenso, wo es leichter ist, in der Gesetzlichen Krankenversicherung, in der Pflegeversicherung sowie in der Unfallversicherung („Berufsgenossenschaften“). Eine Reihe von Ländern haben in den letzten Jahrzehnten vorgemacht, wie man ein Umlagesystem umstellt: Chile und einige andere südamerikanische Staaten, die Slowakei, auch Polen, Singapur. Es ist nicht erfreulich, dass das Alterseinkommen der Rentner in Deutschland zu etwa 85 Prozent aus der gesetzlichen Rente besteht, international ein einsamer Spitzenwert und **enorm bedrückend angesichts der demographischen Entwicklung und der Staatsverschuldung**. Es gibt in Deutschland keine großen privaten Kapital- oder Pensionsfonds im amerikanischen oder britischen Maßstab.

- **Qualifizierte Einwanderung**

Wichtig ist auch, dass die zunehmende **Abwanderung qualifizierter Arbeit** aus Deutschland beendet wird, diese Folge der Perspektivlosigkeit im eigenen Lande (Abgabenlast, Arbeits- und Aufstiegschancen). Die wichtigsten Zielländer der Auswanderung sind z.Z. die USA, Polen, die Schweiz, Spanien, Frankreich und Österreich (bei Polen handelt es sich allerdings meist um Spätaussiedler, die in ihre Heimat zurückkehren; nach Spanien zieht es vorwiegend Rentner, die dort – häufig in speziellen Altensiedlungen – ihren Lebensabend verbringen). Neuseeland (Arbeitslosenquote 4,5 Prozent und viele offene Stellen) ist ähnlich wie Australien besonders für

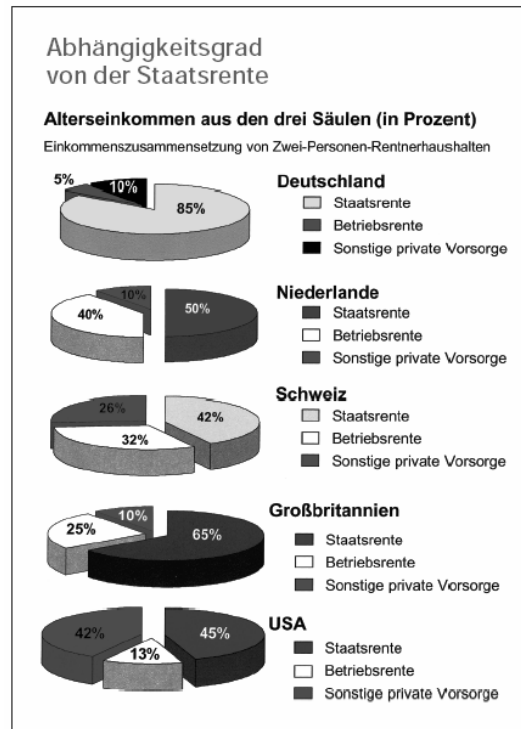


Abbildung 14
Deutsche Rentner auf Staatsversorgung angewiesen!
Quelle: Deutsches Institut für Altersvorsorge

qualifizierte Handwerker attraktiv. Es wandern auch hochqualifizierte Wissenschaftler namentlich in die USA aus, die in Deutschland unabhängig von ihrer Leistungsfähigkeit schon mit 65 zwangspensioniert wurden, aber in den USA ohne Zeitgrenze Hochschul-lehrer und Forscher sein können. Ferner bilden die Ärzte eine beunruhigend große Gruppe der Auswanderer – hier aus dem Grund der schikanösen Arbeitsverhältnisse und schlechten Verdienstmöglichkeiten im staatlich überregulierten deutschen Gesundheitswesen. Am stärksten sind von den Wegzügen Rheinland-Pfalz (3,8 pro 1.000 Einwohner), Baden-Württemberg und Berlin (je 2,0) betroffen. **Gravierend ist freilich auch die Abwanderung aus den neuen Bundesländern in den Westen Deutschlands** (13 pro 1.000 Einwohner), jetzt schon über 1,3 Millionen seit der „Wende“.

Die Abwanderung Qualifizierter zu stoppen ist das eine, das Anlocken

qualifizierter Ausländer – die intelligente Steuerung der Einwanderung – ein anderes. Von Interesse ist nur eine **Einwanderung in den Arbeitsmarkt**, nicht in die Sozialsysteme. Diese erwünschte Zuwanderung wird die Bevölkerungsverluste nicht ausgleichen, nur mildern können (etwa 200.000 pro Jahr, wie gegenwärtig, sind wahrscheinlich integrierbar). Zur vollständigen Stabilisierung der Bevölkerung in Deutschland müssten etwa 3,6 Millionen Menschen jährlich einwandern. Solche Bevölkerungsmassen sind nicht mehr integrierbar.

2004 meldeten sich 150.000 Deutsche in der Heimat ab. Sie zogen in über 200 Staaten. Die zehn beliebtesten Länder:

USA	12.976
Schweiz	12.818
Österreich	8.532
Polen*	9.658
Großbritannien	7.842
Frankreich	7.270
Spanien	7.196
Niederlande	3.571
Italien	3.448
Belgien	2.548

* Experten gehen davon aus, dass es sich hier vor allem um Aussiedler handelt, die nach Polen zurückgehen.

Tabelle 6
Quelle: Der „Stern“

Leider hat die deutsche Ausländerpolitik der letzten Jahrzehnte versagt. Es wäre in den fünfziger und sechziger Jahren nicht notwendig gewesen, in diesem Umfang und gegen den Widerspruch Ludwig Erhards türkische und südeuropäische Arbeitnehmer anzuwerben, wenn die deutschen Gewerkschaften bereit gewesen wären, auf Arbeitszeitverkürzungen zu verzichten: die Deutschen wurden bequem und ließen „niedere Dienste“ lieber durch angeworbene „Gastarbeiter“ als billige

Hilfskräfte erledigen. Millionen wurden angelockt, ohne dass man sich Gedanken über die Konsequenzen gemacht hätte. Man ging einfach von ihrer späteren Rückwanderung aus, die dann aber nicht im erhofften Umfang stattfand, nicht einmal dann, als sie durch Prämien begünstigt wurde.

Keine Parallelgesellschaften!

So bleibt nur eine gut konzipierte Integrationspolitik. Dazu gehört, dass man nicht mehr Achtung vor der einwandernden Kultur als der eigenen hat (Stefan Luft), dass man den Einwanderern Anpassung zumutet, und, besonders, nicht ihre Ghettoisierung fördert. Das „Multikulti-Ideal“ beruht auf einem Kulturrelativismus, der mit der Selbstbehauptung der eigenen Kultur nicht verträglich ist. Es wird so eine „Balkanisierung“ des Landes gefördert, die zu ernsthaften ethnischen Konflikten führen muss.

Vorbild für Einwanderungspolitik sind die USA, das **nach Deutschland (!)** in Hinsicht auf die Bevölkerungszahl derzeit größte Einwanderungsland der Erde. Die USA lassen nur ausgewählte Bewerber mit qualifizierter Berufsausbildung ins Land. Ein Teil der Visa wird wegen des großen Andrangs bisher verlost.

Die USA muten selbstverständlich den Einwanderern die Akzeptanz der angelsächsischen Kultur zu: Seit 1795 wird in Amerika ein Eid von jedem verlangt, der amerikanischer Staatsbürger werden wollte (Verfassungstreue, Gehorsam). Ihm wird mehr oder weniger das volle amerikanische Credo zugemutet (vgl. Samuel P. Huntington: Who are we?, 2004).

■ Die neuen Märkte der Alten

Wichtig wird vor allem auch eine **Mobilisierung der „Altenreserve“** sein. Auch dies heißt zunächst eine **Aufwertung der Familie**. Auch multilokale Generationenbeziehungen, wenn die Familie nicht in einem

Haushalt vereint ist und auch nicht am selben Ort wohnt, können funktionieren. Familien bleiben lebendig als vertikale soziale Netzwerke über zwei, drei oder vier Generationen (Brüder und Schwestern, Onkel und Tanten, Kusinen etc. wird es in Zukunft bei der Ein-Kinder-Norm kaum noch geben).

Das Gegenseitigkeitsprinzip wird zur neuen Norm für soziale Netze.

Ältere organisieren ihre Versorgung selbst. Siebzugjährige pflegen Achtzigjährige, Handwerkerkompanien auf Gegenseitigkeit, Seniorenbüros, auch Seniorenpatenschaften und Seniorexpertenservice können entstehen.

Private „Helferbörsen“ werden Dienstleistungen vermitteln (allgemeine private Hilfen / Hilfen zur Mobilität / Hilfen rund um die Wohnung / Hilfen um den Garten / Hilfen ums Tier / Hilfen für Kinder und Erwachsene / Hilfen bei der Freizeitgestaltung. Einrichtung von Mehr-Generationen-Häusern (nicht nur Kindergärten, Jugendzentren und Altentagesstätten, s. Opaschowski). Alte versorgen so die Alten, Senioren waschen Senioren usw. **Auch dies können neue Märkte sein.**

TEIL IV: FAMILIENPOLITIK, ABER WIE?

Es ist nüchtern festzustellen, dass die fiskalisch **kollektivierende Familienpolitik** der letzten Jahrzehnte mit ihrem Budget von inzwischen über 150 Mrd. Euro pro Jahr und ihrer ganzen Vielfalt von Instrumenten (Direkttransfers, Preis-subsidien, Vorrechte, Familienersatz-einrichtungen, Sozialversicherung) gescheitert ist. Das Ergebnis – eine Bevölkerungsreproduktionsrate von derzeit 1,3 – ist niederschmetternd. Und dies, obwohl fast die Hälfte der Familienkosten sozialisiert ist. **Dies bedeutet, dass es sinnlos ist, diese Politik weiterzuführen.** Horst Köhler bemerkte in der genannten Rede vor der Tutzinger Akademie: „Wir geben in Deutschland viel Geld für Familienförderung aus. Offensichtlich aber setzen wir dabei nicht immer die richtigen Prioritäten. Wir tun zu wenig dafür, dass Familien aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt erwirtschaften können“.

Indessen überbieten sich derzeit die Parteien darin, die **Kollektivierung der Familie und der Kindheit**, z.B. durch flächendeckende **steuer- also zwangsfinanzierte** Kinderkrippen mit Rechtsanspruch, staatliche Ganztagschulen oder neuestens „Elterngelder“ nach schwedischem Vorbild fortzusetzen. Es wurde schon beschlossen, einseitig die Berufstätigkeit durch steuerliche Absetzbarkeit der Kinderbetreuungs-kosten zu subventionieren. Diese kollektivierende Tendenz der deutschen Familienpolitik ist zurückzuführen auf das Bestreben unserer Politiker, durch familienpolitische Wohltaten Wählerstimmen zu gewinnen.

Familienpolitik darf nicht „mehr Staat“ heißen

Statt die Familien weiter durch Transfers, öffentliche Familienersatzeinrichtungen und Sozialversicherung zu schwächen,

sind sie vielmehr durch **Rückgabe von Mitteln und Verantwortlichkeiten zu stärken.** Alles, was z.B. freie Optionen hinsichtlich der externen Kinderbetreuung behindert, ist zu beseitigen. Es geht hier um nichts weniger als eine „Reprivatisierung der Familie“. **Alle Subventionen, wenn es sie unter diesen Umständen noch geben muss, sollten sich auf ein Familiensplitting nach französischem Vorbild konzentrieren.**

Ein kritischer Blick auf das gelobte Land Schweden

Auch die schwedische Reproduktionsquote ist schwankend und nicht gerade imponierend (zwischen 1,5 und 1,8) – und dieses Ergebnis wird (ähnlich wie in der früheren DDR) mit materiellen Zwangsmitteln erreicht, die nicht nachahmenswert sind und in einer freien Gesellschaft nichts zu suchen haben. So werden in Schweden im Zeichen der „Egalität“ durch brutale Besteuerung und hohe Sozialabgaben beide Ehepartner zur Erwerbsarbeit praktisch **gezwungen.** Familienersatzeinrichtungen, steuerfinanziert, sind, wie in der früheren DDR, bestens ausgebaut. Sie werden als Institutionen begriffen, die vorrangig der Gleichstellung dienen, die ihrerseits durch Berufsarbeit gesichert werden soll. Die Vorstellungen der Eltern und die Ansprüche der Kinder haben sich danach zu richten; Wahlfreiheit besteht insoweit nicht (Konrad Adam).

Hinzu kommt ein zeitlich eng begrenztes „Elterngeld“ (80 Prozent vom früheren Netto, maximal 2.700 Euro) und der Versuch, auch die Väter in eine häusliche Rolle zu bringen und zur Übernahme von Erziehungsverantwortung staatlich anzuhalten (z.B. durch entsprechende Regelungen beim Elternurlaub). In Schweden spielt die egalitäre Ideologie

des Wohlfahrtsstaates eine besondere Rolle. Der Prozentsatz der Väter, die unter diesen Umständen exklusiven Familien-dienst machen, ist beachtlich (bis 30 Prozent).

Das gelobte Land Frankreich

Auch hier ist, wie überall sonst, mit allem familienpolitischen Aufwand bisher nicht eine ausreichende Reproduktionsrate der Franzosen erreicht worden. Die relativ günstigen Ziffern führen sich besonders auf das Reproduktionsverhalten der in Frankreich zahlreichen Ausländer zurück. Der Abstieg Frankreichs wird sich so nur langsamer vollziehen als der deutsche, wenn die Integration der nordafrikanischen Einwanderer gelingt. In Frankreich gibt es ein Kindergeld erst ab dem zweiten Kind, die Subventionierung von Tagesmüttern oder Familienersatzeinrichtungen (privat/staatlich, 40 Prozent), Familiensplitting.

Ein direkter Zusammenhang zwischen Familienpolitik solcher Art und der Entwicklung der Reproduktionsrate ist bisher nirgendwo empirisch zwingend nachgewiesen. Andere Länder, ohne Familienpolitik und ohne eine so starke Absicherung wie in Deutschland, wie die USA oder Großbritannien, sind erfolgreicher.

Das Beispiel USA

So ist in den Vereinigten Staaten die Reproduktionsziffer auch unter der weißen Bevölkerung weit günstiger als in den europäischen Ländern (gegenwärtig 2,1, also bestandssichernd), auch ist sie in Irland und **Finnland fast ohne Familienersatzeinrichtungen vergleichsweise günstig** (Irland: 1,98). In den USA (ähnlich wie in Großbritannien) existiert ein weitgespanntes privates Netz von Kinderbetreuungseinrichtungen (Nanny-Services, Kid-Cabs, Ferienangebote etc.), eine eigentliche Familienpolitik (außerhalb von „Freibeträgen“) gibt es hier nicht. **Die Flexibilität des Arbeitsmarktes erlaubt viel leichter eine „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ als in Europa.**

„Vereinbarkeit“ kann doch wohl nicht heißen, dass für Bildung und Unterhaltung einer Familie keine Kosten oder Verzicht mehr zugemutet werden, ihre Auflösung praktisch staatlich finanziert wird. **Wozu überhaupt noch Kinder, wenn diese, kaum dass sie geboren sind, in staatlichen Krippen, Horten, Ganztagskindergärten und Ganztags-schulen verschwinden?**

In Deutschland sollte man – statt ein weiteres zwangsfinanziertes Netz von Kinderkrippen zu schaffen und überall Ganztags-schulen aufzubauen (im „rückständigen“ Bayern und Baden-Württemberg mit ihren geringen staatlichen Ganztagsangeboten, sind die demographischen Ziffern und auch die PISA-Ergebnisse besser als im Rest der Republik) – zumindest mit einem Gutscheinsystem einen Wettbewerb der privaten und öffentlichen Betreuungsanbieter ermöglichen. Einzubeziehen sind auch die Tagesmütter. Derzeit ist das private System durch die subventionierte Konkurrenz ohne Chancen, hinzukommen die enormen Standards bei der Zulassung eines gewerblichen Kindergartens (diplomiertes Fachpersonal, Gebäude- und Ausstattungsstandards). Das Angebot an staatlich organisierter Betreuung ist oft inflexibel und zeitlich starr. Ein neuer Markt für phantasievolle „Bildungsunternehmer“ tut sich auf.

Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern ist Privatsache

Die Aufteilung der Arbeit ist in einer privaten Gesellschaft allein Sache der daran Beteiligten. Die Politik hat sich hier nicht durch Parteinahme für bestimmte Modelle einzumischen. Auch hier ist dem Verfassungsrichter Udo di Fabio zuzustimmen: „Vor allem sollte die Politik aufhören, monothematische kulturelle Leitbilder nach der Dramaturgie eines Geschlechterkampfes zu propagieren oder gar zu versuchen, sie mit dem staatlichen Gewaltmonopol durchzusetzen. Der von einigen geführte Kampf gegen die so genannte

Hausfrauenehe oder das ‚Ernährermodell‘ mutet mitunter missionarisch und ideologisch an. Eltern, die sich der Erziehung und Bildung ihrer Kinder widmen, werden dann als ‚nicht arbeitend‘ angesehen. Die Maxime darf nicht heißen: Nur dort, wo Geld verdient werden kann, wird anerkennenswerte Leistung erbracht. Nur dort, wo konsumiert wird, besteht Lebensqualität“. Di Fabio fährt fort: „Darunter leidet auch die politische Kultur, weil nicht mehr begreifbar zu machen ist, dass Menschen in die Politik nicht wegen des Geldverdienens, sondern in aufrichtiger Sorge um das Gemeinwohl gehen.“

Diese private Entscheidung, was die Arbeitsteilung betrifft, sollte freilich nicht durch ein rigides Arbeitsrecht oder die Subventionierung bestimmter Entscheidungsmuster oder auch politisch verursachter Arbeitslosigkeit verzerrt werden. Die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ zu organisieren, ist zunächst einmal eine individuelle **Aufgabe, die vorwiegend im Privaten liegt**. Die Märkte, wenn man sie denn nicht durch ein starres Arbeits- und Sozialrecht behinderte, würden hier eine positive Rolle spielen können, indem sie nachfragegerechte Angebote bieten. Wir haben außerdem einen stark regulierten Arbeitsmarkt mit der Folge Millionen Arbeitsloser, die gewiss keinen besonders innigen Kinderwunsch in dieser Situation haben werden.

Sehr wahrscheinlich ist auch, dass die gesteigerte Kollektivierung der Kindererziehung, die Zivilisierung der Kinder und den Zusammenhalt der Familie schwächt. Erneut Bundespräsident Horst Köhler: „Nichts kann die Erfahrung von unbedingter Liebe und verlässlicher Bindung gerade für die frühkindliche Entwicklung ersetzen. Aus dieser Erfahrung entspringt jenes Urvertrauen, das uns zu selbstbewussten, verantwortungsvollen, liebesfähigen Menschen macht. Kinder brauchen feste Bezugspersonen.“

Stefan Dietrich bemerkt (FAZ vom 31.1.2006): „Nicht gefragt hat das Familienministerium die Kinderärzte und -psychologen, die davon abraten, Kinder

schon im Krabbelalter fremder Betreuung zu überlassen. Nicht berücksichtigt werden die uralten Erkenntnisse der Bindungsforschung und die neuesten Beiträge der Hirnforschung, die darin übereinstimmen, dass die Fundamente einer gesunden Persönlichkeitsentwicklung in den ersten drei Lebensjahren gelegt werden und wesentlich von stabilen Beziehungen abhängen. Nicht gefragt sind die Erfahrungen von Kriminologen und Jugendrichtern, die tagtäglich die Folgen emotionaler Verwahrlosung vor Augen haben. Deren Stimmen würden freilich die Eintracht der Familienpolitiker aller Fraktionen stören ... **Eine Familienpolitik, die mehr von wirtschaftlichem Nutzdenken her konzipiert ist als von kindlichen Bedürfnissen, segelt unter falscher Flagge“.**

Es ist eben ein Unterschied, ob es eine unmittelbare ständige Bezugsperson in den ersten Jahren gibt oder ob dies nur ein staatliches Kollektiv wie die „Kita“ ist, in dem sich Aufmerksamkeit und Liebe der Betreuer auf etliche Kinder gleichzeitig erstrecken müssen. Da bleibt naturgemäß wenig Zuwendung für ein einzelnes Kind. Namentlich im allerersten Lebensabschnitt brauchen Kinder jemanden, der ihnen Sicherheit und „soziale Wärme“ gibt und den Aufbau ihrer kleinen Persönlichkeit erlaubt. Wie Montesquieu einmal schrieb: „Ohne Familie keine wirksame Erziehung, ohne Erziehung keine Persönlichkeit, ohne Persönlichkeit keine Freiheit“. Wer vertritt diese Elementarinteressen der Kinder?

„Der Westen sollte aufhören, sich etwas vorzumachen“

Zu Recht schreibt Meinhard Miegel in seinem jüngsten Buch (Epochenwende, 2005): „Dem Westen fehlen weder Geld noch Krippenplätze. Ihm fehlt ein gesellschaftliches Leitbild, in dem Platz für Kinder ist. Kinder zu nähren, zu bekleiden, zu behausen und zu beschulen reicht nicht. Es reicht nicht, wenn die Mutter die Fünfjährige aufklärt, dass der große Mann da am Tisch, der gerade den Braten aufschneidet, ihr Vater ist. Es reicht nicht,

mehr Kinderfreundlichkeit zu predigen, und es reicht noch nicht einmal, sie zu praktizieren. Die Probleme des Westens sind grundsätzlicher. Sie werden offenbar, wenn die EU-Kommission nicht nur eine Verminderung der Arbeitslosenquote anstrebt – das ist geboten – sondern zugleich auch eine Erhöhung der Erwerbstätigenquote, namentlich derjenigen von Frauen. Das ist nicht geboten. Erwerbstätigkeit kann und darf nicht das höchste aller menschlichen Güter sein. Sie ist nur ein Gut von mehreren“.

Was die Privatwirtschaft zur Erleichterung der Familienbildung tun kann

Sehr wichtig, vielleicht entscheidend zum „Wertewandel“ in die richtige Richtung, sind besonders private Initiativen, die das gesellschaftliche Klima ändern. Es könnte Wettbewerb um die familienfreundlichste Kommune geben, Familienpatenschaften für Alleinerziehende, „Leihomas“, private Vermittlungsbörsen für Tagesmütter, auch die offiziellen „lokale Bündnisse für Familien“, die die Familienführung erleichtern, freilich nicht mit zwangsfinanzierten Einrichtungen ersetzen sollten. Das hätte ja nichts mit „Familienfreundlichkeit“ zu tun, sondern würde nur die Bedeutung der Familien weiter vermindern. Bemerkenswert ist auch das Modellprojekt „Studieren mit Kind“ der Universität Gießen. Mit dem familien-gerechten Angebot von Putz-, Einkaufs-, Handwerker- und Transportdiensten wird der Markt Weiteres für die

Familien leisten. Es gibt inzwischen im Übrigen eine Vielzahl von, auch mittelständischen, Betrieben, welche durch Flexibilisierung der Arbeitszeit, Anbieten von Teilzeitarbeitsplätzen, Betriebskindergärten u.a. die Familienbildung erleichtern. Allerdings werden sie durch arbeitsrechtliche Regulierungen noch vielfach dabei behindert. Gleichwohl ergab eine im Sommer 2003 durchgeführte repräsentative Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), dass knapp 77 Prozent der befragten Unternehmen eine oder mehrere Formen von Arbeitszeitflexibilisierung oder Telearbeit praktizieren; dass gut vier von zehn Firmen ihre Beschäftigten bei der Betreuung von Kindern bzw. anderen Familienangehörigen unterstützen; dass ein Fünftel der Unternehmen spezifische familienorientierte Maßnahmen sowie Informationen und Beratung anbietet. Der Vorteil für die Unternehmen: das Halten oder die Neugewinnung qualifizierter Mitarbeiter, die Erhöhung der Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter; Kostenersparnis durch geringere Fluktuation und niedrigere Krankenstände sowie durch höhere Produktivität der Beschäftigten. Wir dürfen besonders auf die Initiativen der Hertie-Stiftung, etwa das angebotene Audit „Beruf und Familie“ verweisen, das eine professionelle Zertifizierung von Unternehmen hinsichtlich ihrer Familienfreundlichkeit vorsieht – umso mehr willkommen, weil es sich dabei um eine private Initiative handelt. Was die Unternehmer in dieser Hinsicht bereits tun, zeigt die folgende Übersicht.

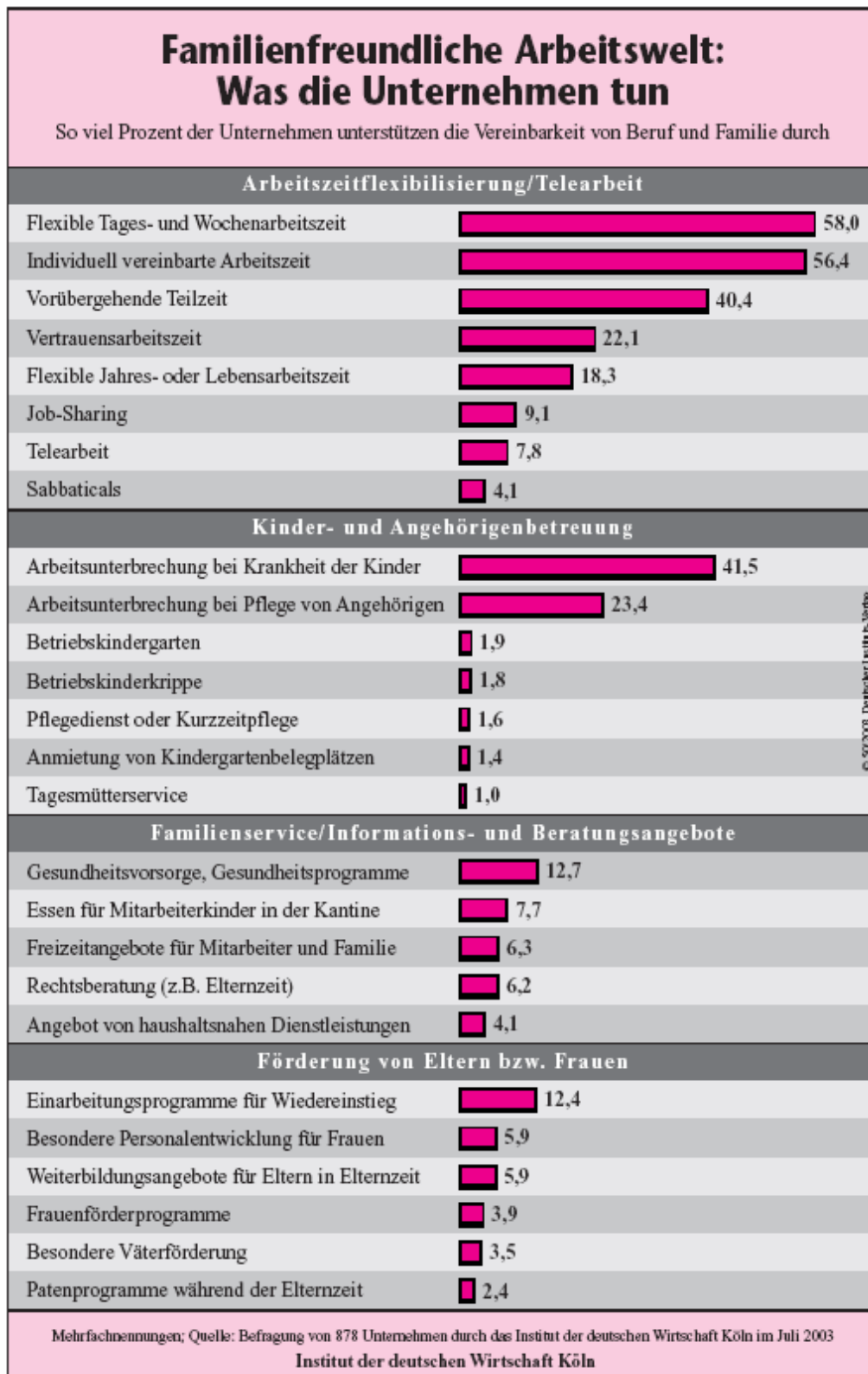


Abbildung 15

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Weiterführend dazu: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (mit dem DIHK): Kosten betrieblicher und betrieblich unterstützter Kinderbetreuung. Leitfaden für die Unternehmenspraxis (2005).

FAZIT

Die demographische Frage ist eine Existenzfrage. Der demographische Umbruch der kommenden Jahre wird ein schwerer wiegendes Ereignis sein als der Zusammenbruch des Sozialismus. Im Letzten geht es darum, ob eine Gemeinschaft von Menschen („Deutschland“, und dies gilt auch von den meisten anderen europäischen Nationen) bereit ist, in die Zukunft, also in Kinder, zu investieren oder sich selbst aufgibt. „Anpassung“ an eine sowieso ablaufende Entwicklung ist nicht genug, zumal bei offenkundigen politischen Fehlsteuerungen. Neue Leitbilder müssen sich – über die Treibriemen gesellschaftlicher Kräfte – ausbreiten. Dabei kann die Politik begleitend helfen, besonders indem sie diese Entwicklung nicht weiter stört und verzerrt. **Auch könnte ein Familienwahlrecht eingeführt werden.** Eltern sollten das Wahlrecht für ihre Kinder ausüben dürfen, solange diese nicht mündig sind. Dagegen sprechen freilich die herrschende Auslegung des Artikels 20 GG (Gleichheit der Wahl) und die technischen Schwierigkeiten bei Unterschieden der Eltern in der politischen Präferenz.

Neben der Vertrauens- und Entbürokratisierungsoffensive (vom Kindergarten an) geht es bei einer werbenden Kinderpolitik vor allem um einen Bewusstseinswandel. Das größte Problem stellt dabei das Konzept von Elternschaft selbst dar: sie wird überwiegend als das Ende der Jugend, als Aufgabe von Freiheit, als

Quelle von Belastungen gesehen. Junge Leute haben es in einer extrem jugendfixierten Gesellschaft nicht eben eilig damit, die Jugendphase abzuschließen. Manche Menschen möchten sie gar am liebsten auf ihr ganzes Leben ausdehnen. Alles, was man dagegen setzen kann, so schrieb die ZEIT-Journalistin Susanne Gaschke, wirkt stets ein wenig bemüht, denn solange ein spontaner, hedonistischer Freizeitstil einerseits und totale Arbeitsverfügbarkeit andererseits das Bild des erstrebenswerten Lebens bestimmen, sind Kinder ja eine Einschränkung. Es sind Leitbilder auszumalen, die Familie nicht nur als Last, sondern auch als „Energiequelle und Entwicklungsraum für Kompetenzen“ (Thomas Kühn) darstellen.

„Die Familienunternehmer“ haben in dem Werben für den Familiengedanken und seine Überlegenheit eine Pilotfunktion. Was nachhaltiges Denken ist, das zeigen sie besser als alle Umlageprogramme des Wohlfahrtsstaates, die Kapitalbildung verhindern und abhängig machen.

Ideen und Werte bestimmen den Gang der Weltgeschichte. Und an der Formung dieser Ideen müssen wir ansetzen – als Unternehmer nicht nur in Waren und Dienstleistungen, sondern auch in Ideen!

ZUSAMMENFASSUNG

1. Demographischer Wandel heißt „**Bevölkerungsschwund**“ und sinkendes Bruttosozialprodukt. Wenn der negative Trend in Deutschland (und einigen anderen europäischen Ländern) nicht umgekehrt wird (jede Generation ersetzt sich nur noch zu zwei Drittel) wird Deutschland wirtschaftlich, kulturell und politisch in zwei oder drei Generationen marginalisiert und schließlich als international einflussreicher Faktor verschwinden.
2. **Ursache des Bevölkerungsschwundes** ist in erster Linie der Versuch des Staates, die soziale Funktion der Familie durch staatliche Leistungen (anonyme Umlage, finanzielle Transfers, steuerfinanzierte Familienersatzeinrichtungen) zu ersetzen. Dadurch wurde besonders seit den siebziger Jahren ein kurz-sichtiger „Individualismus“ freigesetzt, der glaubt, nicht mehr in Kinder investieren zu müssen, sondern beliebige andere Optionen hat. Die Mittel werden in Gegenwartskonsum gesteckt, die biologische und wirtschaftliche Kapitalbildung vernachlässigt und die Familien ausgebeutet: die Kindererziehungskosten bleiben noch (überwiegend) privat, aber ihr Nutzen wird sozialisiert. Ein Faktor bei dem Bevölkerungsschwund ist gewiss auch eine vielfach fehlende positive Zukunftshoffnung der Bevölkerung, welche sie ängstlich und reformabgeneigt macht.
3. Die **Märkte**, wenn man sie nur frei arbeiten lässt, werden mit den **demographischen Problemen im Übergang fertig**: Es wandeln sich nur die Angebots- und Nachfrageverhältnisse, insbesondere auch auf Zusammenfassung dem Arbeitsmarkt (Fachkräftemangel), was sich in entsprechender Preis- und Zinsentwicklung ausdrückt, die in dieser Situation automatisch die Steuerungsfunktion übernehmen. **Unternehmer als „professionelle Knappheitsüberwinder“** finden hier nur ein weiteres interessantes Feld für neue Investitionen und Aufgaben. Familienunternehmer haben wegen ihres nachhaltigeren, in Generationsabläufen orientierten Denkens bessere Reproduktionsquoten als der Rest der Bevölkerung (1,8). Aber auch dies ist freilich zu wenig.
4. **Probleme im Übergang** ergeben sich vor allem durch die starre **öffentliche Infrastruktur** und – besonders – die **sozialen Sicherungseinrichtungen** eines Wohlfahrtsstaates, die Kapitalbildung verhindern und die soziale Last durch Überalterung schließlich untragbar machen. Das bisherige umlagefinanzierte Rentensystem ist in wenigen Jahren nicht mehr finanzierbar und wird zu einer Rumpfsicherung zusammenschrumpfen. Eine zumindest weitgehende Umstellung auf das **Kapitaldeckungsverfahren** ist zwingend geboten. Probleme bietet auch die staatliche Infrastruktur insgesamt. Die Einrichtung der so genannten Daseinsvorsorge, des Verkehrs, besonders aber auch der Bildung, die in Deutschland immer noch weitgehend staatsmonopolistisch ist. Im Bildungswesen ist nur mit umfassenden Privatisierungen und Wettbewerb weiterzukommen: dem Einsatz **privaten Bildungsunternehmertums**.
5. Der **psychologisch-kulturellen Abwertung der Elternrolle und der Familie** zugunsten einer falsch verstandenen „Selbstverwirklichung“ ist durch andere Sprachprägungen und neue gesellschaftliche Leitideen gegenzusteuern. Zukunft hat Deutschland nur mit gut, d.h. vor allem in der Familie, sozialisierten Kindern.

6. Der Luxus der **langen Ausbildungszeiten** und frühen Verrentung ist zu beenden („älteste Studenten und früheste Rentner“). Durch die Verkürzung der Ausbildungszeiten wird ein größeres „Fenster“ für die Zeit der Familiengründung geschaffen. Durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird das erworbene Wissen länger genutzt.
7. Zu ergänzen sind diese Maßnahmen durch eine **selektive Einwanderungspolitik** mit dem Willen, die qualifizierten Neuankömmlinge nicht nur willkommen zu heißen, sondern auch gründlich zu „integrieren“, damit die Ghettoisierung von ausländischen Minderheitsgruppen, die Bildung von Parallelgesellschaften verhindert oder überwunden wird.
8. Die unvermeidlich zunächst kommende „Altengesellschaft“ wird nicht mehr wie bisher durch die (fehlenden) Jungen versorgt werden können, sie wird sich mehr oder weniger selbst helfen müssen: Über 70-Jährige können 80-Jährige pflegen, auch in diesem Bereich – der **Altenselbsthilfe** – gibt es **ganz neue Marktchancen**, wie z.B. das japanische Muster zeigt.
9. Es ist eine **Existenzfrage** für unser Land, dass es langfristig wieder eine Reproduktionsquote erreicht, die den Bevölkerungsstand erhält. Dies ist nicht durch eine Sozialisierung der Familienkosten zu erreichen, sondern nur durch eine Reprivatisierung der sozialen Verantwortung.

Der Staat muss

- dem Einzelnen und der Familie Verantwortung und Mittel zurückgeben
- im Besonderen sein Arbeitsrecht liberalisieren, das Bildungswesen gründlich reformieren

- die soziale Sicherung durch Kapitalbildung weitgehend ergänzen oder ersetzen, die Ausbeutung der Familie durch die Koppelung von Rentenhöhe mit Kinderzahl beenden. Soweit die Rentenversicherung umlagefinanziert bleibt, muss eine demographische Komponente eingeführt werden.
- Ferner könnten, wenn die entgegenstehenden rechtlichen Bedenken entkräftet werden, die Familien durch ein **Familienwahlrecht mehr Gewicht** bei politischen Entscheidungen erhalten.
- Als finanzielle Direktunterstützung ist ein Familiensplitting vertretbar.
- Alle staatlichen Maßnahmen müssen daraufhin überprüft werden, ob sie generationengerecht sind, also nicht eine Generation auf Kosten der anderen unmäßig belasten.

Die Unternehmer

- haben bei den unvermeidlichen Anpassungen eine Schlüsselrolle. Sie sind im Zeitalter zunehmender Knappheiten als professionelle Knappheitsüberwinder wichtiger als je.
- Sie können durch eine betriebsbezogene freiwillige Sozialpolitik die Bildung von Familien erleichtern.
- Jeder Unternehmer sollte sich fragen: Wie kann ich durch die Gestaltung der betrieblichen Abläufe dazu beitragen, dass Deutschland wieder mehr Kinder und Familien hat?

Jedem Einzelnen muss klar sein, dass es ohne Kinder keine annehmbare Zukunft gibt und dass die natürliche Pflicht jedes Einzelnen ist, das Leben, das er von seinen Eltern erhalten hat, in Kindern weiterzugeben. Es kann insoweit in sozialer Hinsicht keine „Gleichwertigkeit der Lebensmuster“ geben, sondern nur „verantwortete“ Freiheit.

BIBLIOGRAPHISCHE NOTIZ

1. Grundlegende Publikationen

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen?, München 2006;

Birg, Herwig: Die demographische Zeitenwende, 3. Aufl., München 2003;

Birg, Herwig: Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt. München 2005;

Dossier Nr. 20 des Instituts der deutschen Wirtschaft: Zuwanderung, Köln 2002;

Frankfurter Institut (Stiftung Marktwirtschaft und Politik): Prosperität in einer alternden Gesellschaft, Bad Homburg 2002;

Gaschke, Susanne: Die Emanzipationsfalle, München 2005;

Gaschke, Susanne: Die Erziehungskatastrophe, Heyne, 2003;

Hülkamp, Nicola / Seyda, Susanne: Staatliche Familienpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft, in: Positionen, Beiträge zur Ordnungspolitik des Instituts der deutschen Wirtschaft, Nr. 11, 2004;

Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.): Perspektive 2050. Ökonomik des demographischen Wandels, Köln 2004;

Landesregierung Brandenburg (Staatskanzlei): Demographischer Wandel in Brandenburg – Erneuerung aus eigener Kraft. Zweiter Bericht der Landesregierung zum demographischen Wandel, Mai 2005;

Miegel, Meinhard / Stefanie Wahl: Das Ende des Individualismus. Die Kultur des Westens zerstört sich selbst, München 1993;

Opaschowski, Horst W.: Der Generationenpakt, 2003.

Robert-Bosch-Stiftung: Starke Familie: Bericht der Kommission Familie und demographische Wende, 2005; Bibliographische Notiz

2. Allgemeinerer Hintergrund

Kurt H. Biedenkopf: Die Ausbeutung der Enkel, Berlin 2006;

Baring, Arnulf: Scheitert Deutschland?, Stuttgart 1997;

Fabio, Udo di: Die Kultur der Freiheit, München 2005;

Meves, Christa: Verführt, manipuliert, pervertiert, 3. Aufl., Gräfelfing, 2003.

Miegel, Meinhard: Die deformierte Gesellschaft, Berlin, München 2002;

Miegel, Meinhard: Epochenwende, Berlin, München 2005.

Müller, Uwe: Supergau deutsche Einheit, 2. Aufl., Berlin 2005;

Piper, Nikolaus: Willkommen in der Wirklichkeit. Wie Deutschland den Abstieg vermeiden kann, München 2004;

Sinn, Hans-Werner: Ist Deutschland noch zu retten?, 5. Aufl., München 2004;

Steingart, Gabor: Deutschland. Der Abstieg eines Superstars, München 2005;

3. Weitere nützliche Literatur

Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament: Familienpolitik, Nr. 23/24 2005;

Esche, Andreas: Der demographische Wandel – von der Bedrohung zur Chance (Bertelsmann-Stiftung), Juni 2005;

Gesamtverband der Versicherungswirtschaft: Alter mit Zukunft. Essays und Fakten, Köln 1997;

Habermann, Gerd: Der Untergang des Römischen Reiches: Ein historisches Lehrstück zum Thema Freiheit und Bürokratie, in: Die Enkel des Perikles, Resch-Reihe, 1995;

Hanns-Martin Schleyer-Stiftung (Hrsg. Tassilo Küpper): Demographischer Wandel als Innovationsquelle für Wirtschaft und Gesellschaft; Köln 2005;

Hertie-Stiftung: Audit Beruf und Familie (2005)

Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler e.V. (Rolf Borell): Schriftenreihe Nr. 43, 1979: Bevölkerungsentwicklung und Staatsausgaben;

KfW Bankengruppe (Hrsg.): 15 Jahre Deutsche Einheit, Sonderband Mittelstands- und Strukturpolitik, KfW Research, 34, 2005.

Niejahr, Elisabeth: Alt sind nur die anderen. So werden wir leben, lieben und arbeiten, Frankfurt/M. 2004;

Schirmmacher, Frank: Minimum. Vom Vergehen und Neuentstehen unserer Gemeinschaft, München 2006

Schirmmacher, Frank: Das Methusalemkomplott, 16. Aufl., München 2004;

Schmid, Josef: Die Moralgesellschaft, München 1999;

Tichy, Roland und Andrea: Die Pyramide steht Kopf. Die Wirtschaft in der Altersfalle und wie sie ihr entkommt, München 2001;

Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände e.V. (Hrsg.): Zukunft Deutschland. Chancen der demographischen Herausforderung, Köln 2005.

4. Europäische und Regierungspublikationen

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Kosten betrieblicher und betrieblich unterstützter Kinderbetreuung. Leitfaden für die Unternehmenspraxis (zusammen mit dem DIHK), Berlin 2005;

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Lokale Bündnisse für Familie, Berlin 2005;

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Nachhaltige Familienpolitik. Gutachten, 2004;

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Wissenschaftlicher Beirat: Alterung und Familienpolitik, 2005;

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Wettbewerbsvorteil familienbewusste Personalpolitik, Dokumentation, Nr. 488, 2001;

Deutscher Bundestag, Drucksache 14/8800: Schlussbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“;

EU-Kommission: Grünbuch „Angesichts des demographischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“, Brüssel 2005.

5. Aus den Schriften des Unternehmerinstituts von „Die Familienunternehmer – ASU e.V.“

Zukunftsmodell Deutschland – Freiheit. Selbständigkeit. Eigentum. August 2005

Unternehmerische Freiheit durch stabile Finanzen – Leitfaden für eine moderne Mittelstandsfinanzierung; 2. Auflage Juni 2005

Wohlfahrtsstaat Deutschland in Insolvenz. Eine Chance für mehr Selbständigkeit; April 2005

Eigentum verpflichtet. Ende des Teilens –
Stunde des Mehrens; August 2004
Mehr Markt, mehr Arbeit! Ein Manifest der
selbständigen Unternehmer; Mai 2004

Der Weg aus der staatlichen Schuldenfalle
– Konzepte und Beispiele für eine
umfassende Privatisierung; Mai 2003

Für Effizienzstaat und Direktdemokratie –
Ein Plädoyer der selbständigen
Unternehmer; 2001

Einmalsteuer und Abgabewettbewerb –
Ein Plädoyer für eine grundlegende
Steuerreform; Berlin 2000

Chancengleichheit für den Mittelstand! –
Gegen die politische Diskriminierung
kleiner und mittlerer Unternehmen; Bonn
1999

IMPESSUM / KONTAKT

DIE FAMILIENUNTEREHEMER – ASU e.V.

Tuteur Haus
Charlottenstraße 24
10117 Berlin

TELEFON

030 300 65-0

FAX

030 300 65-390

E-MAIL

kontakt@familienunternehmer.eu

Ergebnisse einer Arbeit der Wettbewerbskommission (2005/6)

Mitglieder dieser Kommission waren:

Michael Moritz, Hamburg (Leitung)
Stefan Bauer, Zwickau
Michael Borges, Osnabrück
Frank Böttcher, Hamburg
Herbert Brenner, Dortmund
Kay Brose, Osnabrück
Christian Hahn-Godeffroy, Hamburg
Norbert Hildebrandt, Zwickau
Frank Krätzig, Osnabrück
Michael Schmid, Ahrensburg
Wolfgang Schöning, Osnabrück
Marie-Luise Schwarz-Schilling, Büdingen
Thomas Suwelack, Metelen
Sylvia Maria von Stieglitz, Berlin
Bernfried Wolff, Bielefeld

Gesamtkonzeption: Prof. Dr. Gerd Habermann, Dr. Elmar Waldschmitt,
Unternehmerinstitut von „Die Familienunternehmer – ASU e.V.“